# JAHRESBERICHT 2018/19

ATLANTIK-BRÜCKE

# Programme

### KONFERENZEN

Die Atlantik-Brücke veranstaltet eine Reihe von Konferenzen zu wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Themen, an denen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der deutschen und amerikanischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, den Medien und den Streitkräften teilnehmen.

### VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Mit hochkarätigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bietet die Atlantik-Brücke ihren Mitgliedern und externen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine Plattform für einen intensiven, geschützten Austausch über aktuelle transatlantische Themen.

### WORKSTREAMS

Mit diesem Format fokussiert die Atlantik-Brücke ihre inhaltliche Arbeit auf die Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Finanzen und Märkte, Gesellschaft sowie Digitalisierung. Vier Komitees, geleitet von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke, binden die Erfahrung und Expertise der Mitglieder ein und regen eine interdisziplinäre und lösungsorientierte Debatte an.

### REGIONALGRUPPEN

Mit den Regionalgruppen werden die Netzwerke der Atlantik-Brücke-Mitglieder bundesweit und auf der anderen Seite des Atlantiks gestärkt. Kulturelle Veranstaltungen stehen ebenso auf dem Programm wie politische und wirtschaftliche Themen. Die Regionalgruppen werden von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke geleitet.

### STUDIENREISEN

Die transatlantischen Beziehungen leben vor allem von der persönlichen Begegnung. Einmal jährlich organisiert die Atlantik-Brücke deshalb Delegationsreisen in die USA. Im Austausch mit Politikern, Journalistinnen, Thinktank- und Wirtschaftsvertretern bekommen die Mitglieder fundierte Informationen aus erster Hand. Auch deutschen und amerikanischen Lehrkräften ermöglicht die Atlantik-Brücke ein intensives Kennenlernen der USA bzw. Deutschlands: Mit Studienreisen auf die jeweils andere Seite des Atlantiks fördert sie das Wissen dieser wichtigen Multiplikatorengruppe.

### YOUNG LEADERS-PROGRAMM

Das Young Leaders-Programm identifiziert und vernetzt exzellente deutsche und amerikanische Nachwuchsführungskräfte. Der intensive Austausch schafft dauerhafte berufliche und persönliche Verbindungen und verankert den transatlantischen Dialog in der nächsten Generation.

# Die Atlantik-Brücke

Die transatlantische Zusammenarbeit ist und bleibt gerade in schwierigen Zeiten ein entscheidender Faktor für die globale Ordnung und Stabilität. Jetzt, da nationalistische Strömungen weltweit an Zuspruch gewinnen, sieht sich die Atlantik-Brücke umso mehr ihrem Auftrag verpflichtet, den Dialog zwischen Deutschland, Europa und Amerika auf allen Ebenen und jenseits der Parteilinien zu vertiefen. Sie setzt sich für Multilateralismus, offene Gesellschaften und freien Handel ein.

Magnus-Haus

Friedrich Merz

David Deißner

# „Wir sehen uns einer neuen Ära der transatlantischen Beziehungen gegenüber“

**Die Zusammenarbeit mit den USA benötigt eine solide Grundlage. Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen – für ein geeintes Europa und eine gelingende transatlantische Partnerschaft**

In „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ bemerkt Goethe: „Der denkende Mensch hat die wunderliche Eigenschaft, daß er an die Stelle, wo das unaufgelöste Problem liegt, gerne ein Phantasiebild hinfabelt, das er nicht loswerden kann, wenn das Problem auch aufgelöst und die Wahrheit am Tage ist.“

Lange hat sich die transatlantische Gemeinschaft an einzelne Vertreterinnen und Vertreter der Regierung Trump geklammert, die – bei allem, was an erratischen bis feindseligen Äußerungen an die Adresse Deutschlands und Europas aus dem Weißen Haus drang – Garanten einer verlässlichen und vertrauten Politik zu sein schienen. Doch es wurden immer weniger Namen, mit denen wir Europäerinnen und Europäer uns beruhigen konnten. Der Präsident entließ Berater und Minister, oder sie sahen sich aufgrund seiner Entscheidungen veranlasst, aus freien Stücken zu gehen. Nationaler Sicherheitsberater H. R. McMaster, Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James N. Mattis oder Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates Gary Cohn waren nur einige der zahlreichen Regierungsmitglieder und Berater, die die erste Amtszeit von Präsident Donald Trump nicht überstanden haben. „America First“ ist schon lange keine reine Rhetorik mehr, die von der alten Schule der Außenpolitik in Schach gehalten wird.

> „Wie gestalten wir diesen neuen Abschnitt der transatlantischen Beziehungen? Wir müssen mit Europa beginnen.“

Es wird Zeit, dass wir uns der Tatsache stellen: Wir sehen uns einer neuen Ära der transatlantischen Beziehungen gegenüber. Diese neue Ära müssen wir aktiv gestalten. Julie Smith, ehemalige stellvertretende nationale Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Joe Biden, bemerkte in einem Interview mit der Atlantik-Brücke: “I think that we are kidding ourselves if we assume that we can just snap things back and go back to another era just a few years ago.”

Was ist also zu tun? Wie gestalten wir diesen neuen Abschnitt der transatlantischen Beziehungen? So paradox es scheinen mag: Wir müssen mit Europa beginnen.

Ein geeintes Europa hat einiges in die Waagschale zu werfen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 16 518 Milliarden US-Dollar und einem Anteil von 22,8 Prozent der Weltwirtschaftsleistung ist die Europäische Union die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Eine starke Gemeinschaft, deren Wort etwas zählt, in Washington ebenso wie in Peking und Moskau – wenn es uns gelingt, mit einer Stimme zu sprechen.

Das ist, angesichts zunehmender nationalistischer Tendenzen, leider keine Selbstverständlichkeit. Der Brexit, der bei vielen unserer Veranstaltungen

in diesem Jahr eine zentrale Rolle spielte, aber auch die anti-europäischen Bestrebungen Viktor Orbáns in Ungarn oder die europafeindlichen Töne Jarosław Kaczyński in Polen sind eine ernst zu nehmende Herausforderung für Europa und insbesondere für Deutschland. „Für die deutsche Außenpolitik gilt nach wie vor: Ohne Europa ist alles nichts“, schreibt Wolfgang Ischinger in seinem Buch „Welt in Gefahr“. Wir müssen uns fragen, wie Europa auch für unsere östlichen Nachbarn ein attraktives Angebot bleiben kann. Wie wir dafür sorgen können, dass sich auch kleine europäische Staaten fair vertreten fühlen. Gerade vor dem Hintergrund russischer Machtansprüche wird dies immer dringlicher.

Für Deutschland heißt das im Umkehrschluss: mehr Verantwortung übernehmen. Dazu gehört auch der deutsche NATO-Beitrag. Elbridge A. Colby, einer der führenden Köpfe hinter der National Defense Strategy 2018, äußerte im Gespräch mit der Atlantik-Brücke: “From a U.S. perspective, the German reluctance to invest more in defense is mystifying at best.”

Die Forderung der USA, dass Deutschland sich nicht mehr hinter dem amerikanischen militärischen Engagement verstecken soll, ist nicht neu und durchaus berechtigt. Natürlich braucht es an dieser Stelle nicht nur mehr Geld, sondern auch eine koordinierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, gerade in Europa.

> „Wir müssen ausloten, was unsere gemeinsamen Interessen sind, wo wir gemeinsam stärker sind.“

Auch über Europa hinaus haben wir enge und gute Partnerschaften. Die sehr fruchtbaren Verhandlungen zum europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA haben gezeigt: Kanada ist eine verlässliche Größe – eine Nation, mit der wir nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern auch den festen Glauben an eine liberale, institutionell verankerte Weltordnung teilen. Die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland haben wir darum im letzten Jahr mit dem renommierten Eric-M.-Warburg-Preis der Atlantik-Brücke ausgezeichnet.

Die Pflege dieser Allianzen und Partnerschaften kann und soll die enge Zusammenarbeit mit den USA niemals ersetzen. Sie soll diese wieder auf eine solide Grundlage stellen. Eine repräsentative Umfrage der Atlantik-Brücke hat gezeigt, dass fast die Hälfte der Befragten (42,3 Prozent) findet, dass China ein besserer Partner für Deutschland als die USA ist. Nur 23,1 Prozent vertreten umgekehrt die Meinung, dass die USA ein verlässlicherer Partner sind als China. Diese Einschätzung ist alarmierend. Bei allem Dissens, der mit der aktuellen US-Regierung herrscht, muss den Deutschen wieder klar werden, dass ein autoritäres Regime in der deutschen Außenpolitik nie ein größeres Vertrauen genießen darf als die Nation, die nicht nur die gleichen Werte vertritt wie wir, sondern mit der wir auch viele Interessen teilen.

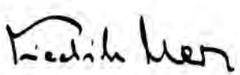


Ungeachtet der scharfen Töne aus Washington ist bemerkenswert, wie viel Wohlwollen uns die Amerikanerinnen und Amerikaner entgegenbringen. Unsere Mitgliederreise nach Oklahoma hat gezeigt, wie eng die Verbundenheit mit Europa und Deutschland auch abseits der Metropolen ist. Darüber berichtet Klaus-Dieter Frankenberger in seinem Bericht auf S. 40. Es gibt Vieles, an das wir anknüpfen können und müssen.

Einigen Herausforderungen können wir ohne die USA nicht erfolgreich begegnen. Wenn wir uns beispielsweise auf dem Feld der Künstlichen Intelligenz nicht von China abhängig machen wollen, müssen wir, wie es die KI-Strategie der Bundesregierung festhält, innerhalb Europas stärker kooperieren. Wir sollten auch nach Amerika schauen, vom Erfolg amerikanischer Technologiefirmen lernen und, wo sinnvoll, mit den USA zusammenarbeiten. Das Projekt eines transatlantischen Handelsabkommens sollten wir ebenfalls nicht aufgeben. Es könnte nicht nur ein für beide Seiten wirtschaftlich lohnendes Projekt sein, sondern – angesichts des Aufstieges Chinas – von entscheidender strategischer Bedeutung.

Wir müssen die transatlantischen Beziehungen, wenn wir sie nicht aufs Spiel setzen wollen, ohne Sentimentalität und Nostalgie betrachten und weiterentwickeln. Wir müssen ausloten, was unsere gemeinsamen Interessen sind, wo wir gemeinsam stärker sind und wo unser Verhältnis neu zu justieren ist. Der Verzicht auf Nostalgie bedeutet aber nicht, dass wir auf persönliche Beziehungen und gewachsenes Vertrauen verzichten können. Denn sie sind die Basis eines guten und ehrlichen Dialoges, in dem wir Differenzen ansprechen und sie überwinden können. Diese Beziehungen, über Sektoren- und Generationengrenzen, über den Atlantik hinweg, sind und bleiben das Kernstück unserer Arbeit. Ob bei unseren Konferenzen und Roundtables, bei unseren Delegationsreisen oder beim Young Leaders-Programm: Hier wird immer wieder die Basis für den transatlantischen Austausch gefestigt. Ihnen allen, die Sie im vergangenen Jahr daran beteiligt waren, diesen Dialog mit Leben zu füllen, sei sehr herzlich gedankt!

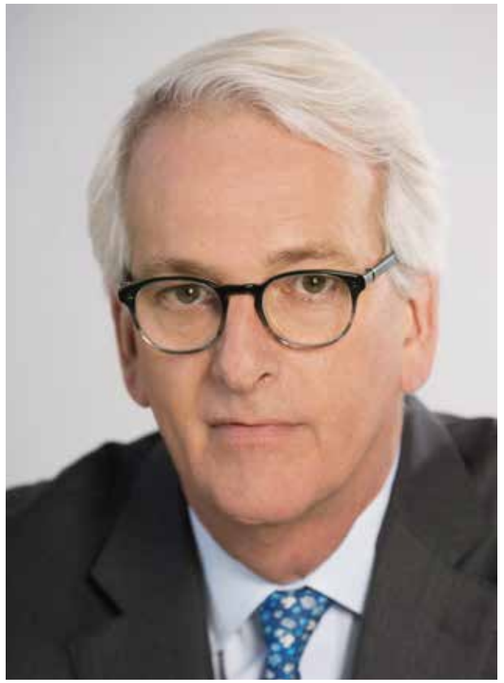
Ihr



Friedrich Merz

Ihr

David Deißner



**Ivo Daalder and James Lindsay,** co-authors of "The Empty Throne: America's Abdication of Global Leadership" (Public Affairs, 2018), are respectively President of the Chicago Council on Global Affairs and Senior Vice President of the Council on Foreign Relations.

# America's abdication of global leadership and the future of world order

**American global leadership is in turmoil, and Europe and the rest of the world must face this present reality. Would a "G9" have the will to step in and provide enough leadership to save the rules-based world order?**

For more than seventy years American global leadership has been the defining feature of international politics. The United States emerged from the Second World War as the most powerful nation in the world, and it used that power to forge an international order based on collective security, open markets, democracy, human rights, and the rule of law. That international order – a Pax Americana – produced decades of great power peace and cooperation, extraordinary prosperity for a growing population around the world, and more freedom for more people than at any time in history.

Yet, the continued success of this American-led world order is now in question. Rising rival powers are challenging America's dominance and influence in continuing to lead the world. A growing domestic backlash to the costs of economic globalization is undermining support for democratic institutions and bolstering those in Western countries who favor more autocratic rule. Above all, America itself has abdicated its long-standing and crucial global leadership role, preferring instead to use its still formidable economic and military power to secure short-term wins over others.

Aside from America, few have benefited more from America's global leadership than the countries of Europe. Devastated by two world wars that left tens of millions dead and entire nations destroyed, Europe remade itself – thanks in good part to American assistance. The Marshall Plan provided much-needed aid to begin rebuilding the continent and helped promote economic and political cooperation among the nations of Europe. The North Atlantic Treaty Organization and the continued, large-scale deployment of U.S. troops in Europe, provided the security umbrella under which Europe could focus on rebuilding and renewal.

> "Few have benefited more from America's global leadership than the countries of Europe."

Europe succeeded spectacularly. Its economies grew rapidly and collectively rival America's in size and importance. Political cooperation replaced centuries of war as the means to settle disputes among nations. After the Cold War, the European Union integrated the long-subjugated countries of Central and Eastern Europe, including a newly united Germany, into a prosperous, open, and democratic community. By the turn of the century, a continent twice destroyed by war during the twentieth century had turned into a Europe that was whole, free, and at peace. That success was perhaps the single greatest achievement of American leadership since World War II.

Yet, today, America's leadership is disappearing, and the international institutions, rules, and overall order that were created and sustained by that leadership are faltering as a result. Unlike his predecessors since Harry Truman sat in the Oval Office, Donald Trump came to Washington

believing that the challenges America faced at home could not be solved by American leadership abroad. To the contrary; he blamed that leadership for all that ailed America. He saw America's long-standing alliances as a drain on much-needed resources for which America received nothing in return. He viewed America's trade policies as the cause of its economic decline, as jobs moved overseas and trade deficits mounted. Rather than looking to cooperate with other countries to address these ills, Trump promised to make America great by competing with everyone and winning again.

> "Today, America's leadership is disappearing, and the international institutions, rules, and overall order that were created and sustained by that leadership are faltering as a result."

Trump has sought to return to a world where competition and dominance replace cooperation and leadership as the primary mode of global engagement. In the process, he has weakened the collective security alliances that have been the basis of American military engagement abroad and undermined the global trading system by imposing tariffs arbitrarily and ignoring long-established rules for settling disputes. And he has challenged democratic norms at home while embracing strongmen abroad, thus weakening the bonds among democracies and defenders of human rights that have been a defining characteristic of America's global engagement for decades.

America's abdication of global leadership has come as a shock to its allies and friends. While many have had major differences with Washington about specific policies and priorities pursued by some of Trump's predecessors, they have never before been confronted by a wholesale American assault on the institutions, rules, and norms that have defined their interaction with Washington for 75 years. For a time, America's allies and friends hoped that this abdication was temporary, that Trump's advisors would put America back on course. But those advisors are gone, having resigned in disgust or been fired by a presidential tweet.

By 2018, it was clear that Trump would pursue his America First policies with abandon. He blew up the G7 meeting in Quebec, and nearly did the same at the NATO Summit meeting that followed. He unilaterally abandoned international agreements on climate change, the Iran nuclear deal, trans-Pacific trade, and a host of arms control agreements, including a Reagan-era treaty eliminating a whole class of U. S. and Russian nuclear weapons that had helped end the Cold War. He imposed tariffs on friends and foes alike, sought to negotiate new deals bilaterally, and threatened to upend the global trading system that has served so many for so long. In these and other ways, Trump charted his own course. And it is highly unlikely that anyone can or will convince him to change direction.



What are America's allies to do? So far, they have reacted with incredulity and denial. Most have turned inward, hoping that the storm will soon pass. Some have begun to hedge, moving closer together and also to America's rivals Russia and China in the hope they will not be crushed in a renewed global competition. These measures are understandable, but they will not work. If the world truly turns competitive, pitting great powers against each other, the interests and perspectives of smaller nations will inevitably be sacrificed at the whims of the bigger and stronger powers.

There is, however, an alternative – which is to use the power America's major allies have to collectively uphold the rules-based world order while America sorts itself out.[1] The nine major U. S. allies – France, Germany, Italy, the United Kingdom, and the EU in Europe; Australia, Japan, and South Korea in Asia; and Canada in North America – can together supply the leadership that Trump has abandoned. This "G9" constitutes the largest economic power in the world, and the combined militaries are stronger than all but America's. They have already begun to strengthen the trading order by negotiating new agreements among themselves. They will also need to bolster defense spending and use their militaries and large foreign aid budgets to defend and promote international cooperation, including on democracy and human rights. The question is not one of power or capability, but rather one of having the will to act.

> "The nine major U. S. allies can together supply the leadership that Trump has abandoned."

If these nine do take on the challenge, they will not only slow the erosion of a world order but set the stage for the return of the kind of American leadership they need and that the survival of the order demands. Indeed, the long-term effectiveness of that order demands a greater sharing of the burdens and responsibilities of global leadership than has been the case up until now. By stepping up and doing more, America's major allies will not only help themselves but also lay the basis for a more sustainable and lasting cooperation with the United States, if and when Washington again decides to take up the mantle of global leadership.

[1] The following draws on Daalder and Lindsay, "The Committee to Save the World Order," Foreign Affairs (Nov/Dec 2018).

**Andrew A. Michta**
is the Dean of the College of International and Security Studies at the George C. Marshall European Center for Security Studies.

# Rebuilding NATO's defenses is key to Euro-Atlantic security

**With a security environment that is seeing rapid changes and with great power competition on the rise, a stronger NATO is essential for Euro-Atlantic security. It is imperative that European allies step up and commit to increasing spending on their militaries**

Today the United States and its European allies are confronted with a rapidly changing security environment, both in Europe and globally, in which our interests and values are increasingly coming under pressure. After almost three decades of American preoccupation with counter-terrorism and counter-insurgency, great power competition is back in focus with an ascendant China that is a geostrategically assertive global power and a Russia that is on a revisionist course. These changes, captured in the United States 2017 National Security Strategy and the 2018 National Defense Strategy, reflect America's realization that globalization as currently construed has failed to deliver on the promise of bringing China and Russia into the liberal international order. The "end of history" at which we had purportedly arrived turned out to be nothing of the sort – merely a strategic pause rather than a wholesale systemic transformation.

In the current world of state-on-state great power competition in which the United States and its European allies are now confronted with two near-peer competitors, debates within NATO need to move beyond longstanding political arguments over equitable burden sharing and address the fundamental strategic imperative confronting the Euro-Atlantic alliance, namely, the rebuilding of Europe's militaries to ensure that extended deterrence in Europe holds. This means the European allies need to stop debating the two percent of GDP defense spending targets. Instead, they should focus on ensuring that they invest real money in real usable capabilities that have been neglected for two decades, with the goal of building the combat power their militaries lack. At the same time, NATO needs to organize itself to build genuine deterrence capability against these threats, including a review of its decision-making processes to ensure it can respond quickly in a crisis. To get there we need an alliance-wide consensus on threats to replace our currently regionalized security optics in which individual countries prioritize threats in their immediate neighborhood at the expense of a larger shared threat assessment.

> "The NATO alliance is about more than shared values. It is most fundamentally about shared vital national security interests."

The NATO alliance is about more than shared values. It is most fundamentally about shared vital national security interests that are increasingly tested not just along Europe's periphery, but also within Europe and globally. In a sense, the geostrategic situation of the West is more complicated today than during the Cold War when the alliance confronted only one aspiring global power, the Soviet Union (and the Soviets did not reach blue water naval capability until the 1970s), while China remained a quintessentially regional player, aligning relative to the power distribution between the United States and the Soviet Union. Today, with the diffusion of technology and the shift of large sections of our supply chain to Asia, the United

States and its European allies confront much more capable adversaries, with the risk of a two-theater conflict increasingly real. China continues to modernize its military, which is preparing to field a large naval force, with the People's Liberation Army Navy (PLAN) operating in the Mediterranean, venturing into the Baltic Sea, and eyeing the High North and the Arctic. Russia may be relatively weak economically, but it continues to retain outsize military capabilities which have been effectively modernized over the last decade and deployed against Ukraine and in the Middle East. In contrast, our "strategic pause" of the past three decades has witnessed wholesale disarmament across Europe and the attendant decay and dismantling of the logistical infrastructure critical to NATO's ability to maintain readiness and to deploy forces to the flanks.

The Euro-Atlantic alliance has to confront the key challenge of ensuring that extended deterrence in Europe and the Indo-Pacific region continues to hold, so as to prevent a crisis from escalating into an all-out war. This means all NATO allies need to also think of challenges beyond Europe's immediate periphery, including how their investment in defense can contribute, directly or indirectly, to deterrence in Asia-Pacific as well. In the Cold War, deterrence held because the United States retained the capability to respond in two major theaters, with available reserves to also react to a minor crisis. This is no longer the case, as the redirection of resources to counter-terrorism campaigns, the shrinkage of defense budgets, and the requirements associated with multi-domain warfare have left the United States structured to respond to one major theater conflict and one smaller concurrent emergency. Simply put, should the United States be drawn into a confrontation in the Asia-Pacific, the European allies have to command sufficient military resources to ensure that, backed up by the United States, they can deter Russia from seeing America's preoccupation with Asia as an irresistible opportunity to press its geostrategic advantage in Europe. And should the worst happen, NATO needs to be sufficiently resourced in Europe to defeat any opportunistic forays into its territory.

> "In this new world of great power competition, the stakes could not be higher."

Much has been written of late about the fissures and stresses within the Euro-Atlantic alliance, including those straining U.S.-German relations. It is not my purpose here to debate policy differences between our two nations, nor to gloss over them. Rather, the point is that Washington and Berlin, as well as all the NATO allies, share the fundamental national security imperative to ensure that NATO remains strong and fully capable to serve its primary mission as the sinew of our mutual security and defense. It is this point, rather than the particulars of the burden-sharing debate, that should drive defense spending decisions across Europe. At its core, the debate should reflect the strategic consensus in NATO that in light of the changing global security environment, every ally should make investing in the military its top priority.

The United States and Europe need to come to terms with the flawed assumptions they harbored decades ago about the liberalizing tendencies which bringing China into their supply chains on a massive scale would unleash. Likewise, we need a common approach to dealing with Russia going forward in the wake of its seizure of Crimea and the ongoing war in eastern Ukraine. In this new world of great power competition, the stakes could not be higher. However, while Russia seems primarily interested in revising the post-Cold War order to restore its former great power status and to establish a sphere of privileged interest along its periphery, the challenge that the rise of China poses to the liberal international order is qualitatively different. Where Russia wants to push against the Euro-Atlantic institutions, China wants to replace them, and it brings to the table resources that present a major challenge to the West.

In the final analysis, ensuring national security remains the irreducible function of the state, and without substantial reinvestment in the readiness of the armed forces of our European allies, the strengthening of air and missile defenses, and the restoration of logistics, the Euro-Atlantic alliance will remain at a disadvantage as we grapple with a rapidly devolving global security environment. It is not hyperbole to say that the reinvigoration of the U.S.-European strategic alliance, especially its military capabilities, is key to ensuring that the West, its values, and its institutions survive. The question remains whether allied governments in Europe are ready to do what needs to be done.

*The views expressed here are those of the author and do not necessarily represent the views of the U.S. Department of Defense or its components.*

# Das Jahr bei der Atlantik-Brücke

# „Wir müssen die offenen Handelsfragen zwischen Europa und den USA so schnell wie möglich lösen“

**Bei der Mitgliederversammlung 2018 waren Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und US-Botschafter Richard Grenell zu Gast**

Minister Peter Altmaier legte in seiner Rede vor rund 200 Mitgliedern der Atlantik-Brücke seine Sicht auf die aktuellen transatlantischen Handels- und Zollfragen dar: „Wir müssen die offenen Handelsfragen zwischen Europa und den USA so schnell wie möglich lösen, auch wenn wir mit dem amerikanischen Präsidenten nicht in allen Punkten einer Meinung sind.“ Er habe gute Arbeitsbeziehungen zum US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer und US-Handelsminister Wilbur Ross etabliert, so Altmaier. Zum Fortgang der Verhandlungen äußerte er sich zuversichtlich.

Der Minister betonte, dass der offene und konstruktive Austausch mit den USA dringender denn je sei: „Ich danke der Atlantik-Brücke für ihr Engagement, die transatlantischen Beziehungen nicht unter die Räder kommen zu lassen. Es besteht die Gefahr einer emotionalen Entfremdung zwischen unseren Ländern, die auf lange Sicht auch dazu führen würde, dass wir uns in wirtschaftlichen und politischen Fragen voneinander entfernen. Das wäre ein großer Fehler.“ Beim anschließenden Get-together im Garten des Magnus-Hauses war US-Botschafter Richard Grenell Ehrengast. Er sprach ebenfalls über den Handelskonflikt, zudem über die gemeinsame Zukunft in der NATO und seine Zeit bei der UNO.

In seiner Begrüßung des Botschafters hob Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, hervor, wie notwendig es sei, sich aktiv um die transatlantischen Beziehungen zu bemühen: “Ultimately, Germany, the European Union and the United States still share the same fundamental values and interests, and both continents will benefit if we manage to work together closely. But we have to work hard every single day to maintain this transatlantic foundation.”

oben
Peter Altmaier

unten
Andreas Dombret,
David Deißner,
Friedrich Merz,
Edelgard Bulmahn,
Burkhard Schwenker

oben
Claudia Marloh,
Richard Grenell,
Adrian Amen

unten
Jürgen Hardt

oben
Ingrid Hengster,
Karl Kaiser

mitte links
Eberhard Sandschneider,
Tobias Lindner

mitte rechts
Wolfgang Ischinger

unten links
Sawsan Chebli,
Kai Diekmann,
Lars Klingbeil,
Friedrich Merz

Im Garten des
Magnus-Hauses

oben
Michael Doran,
David Deißner

unten
Burkhard Schwenker,
Angelika Gifford

oben
Maximilan Dietzsch-
Doertenbach,
Caspar von Blomberg

unten
Anahita Thoms,
André Kelleners,
Susanne Dombret,
Andreas Dombret

# “A wake-up call”

**48 Nachwuchsführungskräfte von beiden Seiten des Atlantiks kamen auf Schloss Neuhardenberg zur 40. Deutsch-Amerikanischen Young Leaders-Konferenz zusammen. Die Diskussionen waren von einer entscheidenden Frage geprägt: Wie sieht die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft aus?**

*von Julia von Cube und Emily Wang*

As the ties between the United States of America and Germany might be loosening, the debate at the U.S. Embassy Berlin with Robin S. Quinville, Deputy Chief of Mission, and talks at the Federal Foreign Office with State Minister Michelle Münterfering and Ambassador Antje Leendertse encouraged the group to take the chance to reflect on where our common values stand in the transatlantic partnership. Alexander Graf Lambsdorff, MdB (Young Leader 1997) inspired the Young Leaders to look at the interests and issues that unite both partners, rather than reminiscing about the past.

During the week, the group visited Axel Springer for a discussion with Julian Reichelt, Chairman of the BILD Editorial Offices & Editor-in-Chief of “BILD” and BILD Digital. A talk with Roland Jahn, Federal Commissioner for the Records of the State Security Service of the former GDR, offered a wider understanding of the German past – not only for the American participants. Exchanges with Stefan Winners, Member of Burda Digital’s Board, Hans Raffauf, Co-Founder and Chairman of Clue, and Till Behnke, Founder of nebenan.de and betterplace.org, provided insights into digital transformation in Germany. A panel discussion on migration with Professor Dr. Naika Foroutan, Director of the Berlin Institute on Integration and Migration Research (DeZim), and Farhad Dilmaghani, former State Secretary, outlined the social stability questions Germany has to tackle.

A talk by Professor Dr. Andreas Dombret, former Member of the Board of Deutsche Bundesbank and Member of the Board of Atlantik-Brücke, focused on economic stability from a transatlantic perspective. German defense priorities and cooperation within NATO were the topics of Major General Michael Hochwart’s visit. The keynote by Federal Minister of Health Jens Spahn (Young Leader 2014) addressed the future of the transatlantic partnership and domestic issues. Spahn’s speech was part of a summer reception with Atlantik-Brücke Members and Young Leaders Alumni.

Underpinning the week was an informal exchange about shared and differing values between the U.S. and Germany. Some of the speakers encouraged

oben
Barbara Engels,
Fabian Ulrich,
Till Kaesbach,
Simon Mueller,
Fabian Sahl,
Joel Martinez,
Emily Wang

mitte links
Jens Spahn

mitte rechts
Joy Basu,
Emily Wang

unten rechts
Andreas Dombret,
Joy Basu,
Can Toygar

the group to think carefully about what our shared values are, as large parts of both the German and the American public find the transatlantic partnership and NATO increasingly less relevant.

Security and stability were of great concern, especially in light of Trump's heightened rhetoric against Germany and other NATO partners, and there was a consensus that Germany should invest more heavily in its military. This discussion also highlighted diverging public opinion on both sides of the Atlantic. Many speakers pointed out that a generation of young Germans has grown up in peacetime and sees less relevance in organizations like NATO. On the American side, rhetoric about "fairness" in defense spending has mobilized public sentiment. These trends demonstrate the need for better and more comprehensible messaging around the relevance of the transatlantic partnership and NATO.

The shifting world order, especially with regards to Russia and China, was another important topic. Speakers and participants from different industries expressed concern about Russia's influence throughout the ex-Soviet bloc, its desire to weaken the EU, and its skillful use of media and propaganda outside of its borders. Many felt that China's growing economic power and influence are encroaching on American hegemony. While we debated China's ascent and Russia's intent, it became clear that the U. S. and Germany should articulate a stronger strategy concerning these two countries.

Both the United States and Germany also face significant internal pressures including digitization and demographic change. The potential influence of AI and digitization on societies and workforces is vast. Our discussions centered on redistributive policies, universal basic income, the role of education, and how to define purpose in a world with ever fewer jobs. Social inclusion was another important point: While our societies become more pluralistic, many still struggle to access equal opportunities. Concern about the media's influence on society and the lack of fact checking was also a constant throughout the week.

In response to these challenges, the participants focused on solutions to strengthen the transatlantic relationship. Suggestions ranged from engagement through educational institutions to using entertainment and news channels as a means to educate the public about the continued necessity of our bond. Proposals included partnerships between sister cities and other demonstrations of the two countries' synergies across business, science, and various industries. Lastly, we discussed the need for more civic engagement to restore trust and enthusiasm in the political process and democracy.

"Privilege comes with responsibility," as one of the Young Leaders pointed out as a summary of the intensive week of debate and discussions. This is driven by the firm belief that turning our backs on the transatlantic partnership is not an option.

oben links
Die Young Leaders
mit Julian Reichelt
im Axel-Springer-
Journalistenclub

oben rechts
Julia von Cube,
Julia Reuss

mitte links
Simon Mueller,
Stefan Winners,
Valerie von der Tann

mitte rechts
Carl Brockmeyer

unten
Schloss Neuhardenberg

Jessica Becker,
Sarah Kelly,
Cristina Hernandez

# “We are seeing a very transformative shift in the relationship right now”

**Julie Smith, Adjunct Senior Fellow am Center for a New American Security, sprach beim jährlichen Spätsommertreffen in Frankfurt über die Herausforderungen der transatlantischen Partnerschaft**

Zahlreiche Mitglieder und Young Leaders-Alumni waren der Einladung in das Haus Metzler nach Alt-Bonames gefolgt. Gastrednerin des Abends war Julianne („Julie“) Smith vom Center for a New American Security, die derzeit als Weizsäcker Fellow der Robert Bosch Academy in Berlin ist. Sie war von 2012 bis 2013 Deputy National Security Advisor von US-Vizepräsident Joe Biden. US-Generalkonsulin in Frankfurt, Patricia Lacina, war ebenfalls anwesend.

Im Interview, dass sie uns am Rande der Veranstaltung gab, betonte Julie Smith, dass die transatlantische Partnerschaft sich zurzeit im Umbruch befinde. Dies liege an Donald Trump, der kein großer Freund der liberalen Weltordnung und ihrer Institutionen sei, so Smith. Doch der US-Präsident sei nicht die einzige Gefahr für die etablierte Ordnung: “Right now the system is essentially cracking, and it’s cracking under the pressure from internal forces, but it’s also cracking from external pressure, from authoritarians like Putin and others that want to undermine its order.” Man müsse sich die Frage stellen, welchen Ausweg es aus dieser Situation gäbe und ob es damit getan sei, den Status quo wiederherzustellen. Sie warnte vor einem nostalgischen Blick auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen: “I think we’re kidding ourselves if we assume that we can just snap things back and go back to another era from just a few years ago.”

Selbstkritisch ging sie mit der Obama-Administration ins Gericht, für die sie tätig war. Die demokratische Regierung habe es versäumt, den Amerikanerinnen und Amerikanern die Bedeutung des US-Engagements in der Welt zu erklären. Dies habe wesentlich zum außenpolitischen Desinteresse großer Teile der amerikanischen Bevölkerung beigetragen.

oben
Im Garten des Hauses Metzler

unten
Michael Klaus,
Cornelia Klaus,
Julie Smith,
Patricia Lacina,
David Deißner

oben
Stefanie Rühl-Hoffmann,
Jana Hecker,
Jens Milbrandt

unten
Michael Fabich,
Martin Blach,
Rolf Söhnchen,
Hagen Schremmer,
Susanne Biedenkopf-Kürten,
Ludwig Preller,
Jens Milbrandt

oben links
Julie Smith

oben rechts
Hendrik Borggreve

mitte rechts
Kinka Gerke-Unger,
Steffen Sachse,
Gabriel Glöckler

unten
Corinna Egerer,
Rolf Söhnchen

# „Weltoffenheit, Toleranz und Respekt“

**Washington, D.C., Hershey im Bundesstaat Pennsylvania und New York City waren die Stationen der Lehrerstudienreise, an der 15 Brandenburgerinnen und Brandenburger teilnahmen. Sie erhielten Einblicke in aktuelle politische Debatten, Alltagsleben, Geschichte, kulturelle Highlights und das Schulsystem in den USA**

Die Lehrkräfte begannen ihre Reise in Washington, D.C. Dort besuchte die Gruppe das Kapitol, sprach mit der Büroleiterin von Senator Richard „Dick“ Durbin und schaute sich die Sehenswürdigkeiten der amerikanischen Hauptstadt an. Bildungsexpertinnen und -experten des Columbia Heights Education Campus und des Center for American Progress gaben den Teilnehmern einen ersten Einblick in das Bildungssystem in den USA.

Hershey war der zweite Stopp. Hier besuchten die Lehrerinnen und Lehrer die Milton Hershey School, ein privates Internat für Kinder aus finanziell schwachen Familien. In einer Middleschool und einer Highschool erlebte die Gruppe den amerikanischen Schulalltag. „Wie Eltern und Schule hier zusammenarbeiten, das würde ich gerne mitnehmen“, bemerkte Schulleiter Ludger Melters.

Mit dem republikanischen Abgeordneten Thomas Mehaffie sprach die Gruppe über das kontroverse Thema Waffenbesitz. Bei einem Besuch des National Civil War Museum konnten sich die Lehrkräfte über den Bürgerkrieg und die Sklaverei informieren.

Von Pennsylvania ging es weiter nach New York City. Dort stand der Besuch einer Schule und einer NGO auf dem Programm, die Materialien für kritischen Sozialkundeunterricht entwickelt. Die Deutsch- und Geschichtslehrerin Julia Kratzsch resümierte: „Weltoffenheit, Toleranz und Respekt: Das ist es, was wir unseren Schülerinnen und Schülern vorleben sollten. Und das geht nur, wenn man es selber macht!“

Karsten Uhlmann, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, und Atlantik-Brücke-Mitglied Joachim von Falkenhausen begleiteten die Delegation. Die Reise wurde durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, die Joachim Herz Stiftung und die Halle Foundation gefördert. Cultural Vistas führte das Programm durch.

oben
Die Lehrergruppe in der Manheim Township Middle School

unten
Unterwegs von D.C. nach Pennsylvania

oben links
Kerstin Gräsing in der
Milton Hershey School

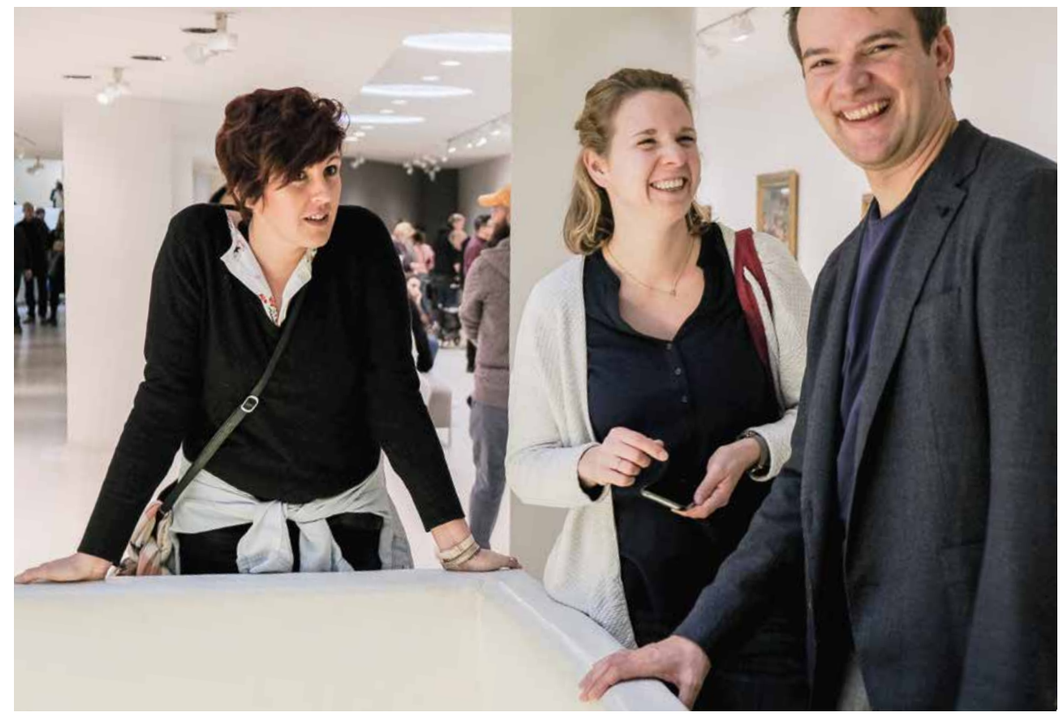
oben rechts
Tim Hildebrandt
und Anica Pieper
im Civil War Museum

mitte rechts
Raiko Bäker

unten
Martin Asmus in der
Lebanon High School

oben
Alexa Vollmann
und Anica Pieper
vor Manhattan

unten
Julia Kratzsch,
Zarah Kresinszky
und Jens Rösener
im Guggenheim Museum



# Welcome to Oklahoma

**Der Ton im transatlantischen Verhältnis ist derzeit rau. Die deutschen Exportüberschüsse, die Iran-Frage, Nord Stream 2 und die deutschen Verteidigungsausgaben belasten die Beziehungen. Bei unseren Terminen in Washington, D.C., führten wir kontroverse Diskussionen. Der Besuch in Oklahoma zeigte jedoch auch: Das Wohlwollen vieler Amerikanerinnen und Amerikaner uns Deutschen gegenüber ist ungebrochen**

Mit einer 30-köpfigen Delegation reisten wir für politische Gespräche nach Washington, D.C., und in den Bundesstaat Oklahoma. Delegationsmitglieder schilderten im Anschluss an die Reise ihre Eindrücke.

Dr. Joachim Freiherr von Falkenhausen: „Trump ist in Washington und in der Regierung angekommen. Auch wenn unsere Gesprächspartner nicht in allen Punkten des Umgangs mit ihm übereinstimmen, sind sie klar in der Ansage, dass die Grundsätze seiner Politik konsequent umgesetzt werden. Von einem verhaltenen Widerstand – wie noch im Vorjahr – ist nichts mehr zu spüren. Trotz dieser Schwierigkeiten gab uns die Reise auch dieses Mal das Gefühl, in den USA willkommen zu sein.“

Karl-Heinz Schlaiss, Senior Manager External Affairs, Daimler AG: „Die amerikanische Politik orientiert sich wieder, wie in der National Security Strategy ausgeführt, am Wettbewerb der Großmächte. China wird als der wichtigste Gegner verstanden. Es ist das Ziel der amerikanischen Politik, die internationalen Organisationen so zu ‚renovieren‘, dass sie zu der neuen Realität passen. Einer unserer Gesprächspartner sagte: ‘It is insane to expect the U.S. to obey to the rules of the WTO when China doesn’t.’“

Peter Pohlner: „Mit Spannung und gemischten Gefühlen habe ich die Reise angetreten. Das Willkommen in Oklahoma war überraschend sehr positiv. Die Offenheit unserer Delegation gegenüber wie auch die bodenständige Sicht auf die Politik haben mich sehr beeindruckt. Die enge Verbundenheit mit uns aufgrund der Stationierung bei der Army in Deutschland ist weiterhin hoch. Washington zeigte sich weit bunter. Die scharfen Analysen der republikanischen Entscheidungsträger waren beeindruckend. Allerdings trennt uns bei den Schlussfolgerungen, die zu ziehen sind, sehr viel. Es ist entscheidend, sich mit dieser neuen Gedankenwelt intensiv auseinanderzusetzen und nicht vorschnell emotional zu reagieren.“

Nils Effertz, Vorstand, InterComponentWare AG: “The U.S. is currently a strongly divided country when it comes to domestic policies. As far as

oben
Mary Fallin,
Friedrich Merz

unten
Die Delegation mit
Jacobi Crowley

international topics, however, our hosts shared a great deal of clear 'America First' positions. More financial and political efforts are expected from Germany (e. g. defense spending, sanctions on Russia, trade policies with Iran and China). Rather than building on many successful decades together i. e. seeking win-win propositions that improve lives and economies on both sides of the Atlantic, the common thread seemed more competitive and reflective of an 'us versus them' mentality."

*In der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» teilte Klaus-Dieter Frankenberger, dort verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik, seine Eindrücke der Reise. Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des Artikels, der am 30. Oktober 2018 erschienen ist.*

**Wieso die deutsch-amerikanische Freundschaft Trump überstehen wird**

Viel wird über die Entfremdung im deutsch-amerikanischen Verhältnis geredet und viel über die Kräfte geschrieben, die dieses Verhältnis vermeintlich erodieren lassen. (…) Es gibt mehrere Streitpunkte zwischen den Regierungen in Washington und Berlin, und alle sind von erheblicher Bedeutung und Sprengkraft. Die Auseinandersetzung über deutsche Exportüberschüsse im bilateralen Handel und die deutschen Verteidigungsausgaben, die das NATO-Ausgabenziel von zwei Prozent des Volkseinkommens weit verfehlen, wird insbesondere von Trump mit großer Aggressivität geführt. Man kann sich davon nachhaltig beeindrucken lassen. Der Dissens ist schließlich nicht wegzudiskutieren und nicht schönzureden. Man kann aber auch eine andere Betrachtungsebene wählen; indem man sich etwa bei „den Leuten" irgendwo in Amerika umhört und danach erkundigt, was sie über die Deutschen denken und was sie von der deutsch-amerikanischen Partnerschaft halten. Zum Beispiel in Lawton in Oklahoma, in einem Bundesstaat also, der konservativ ist und republikanisch und den Trump im Jahr 2016 haushoch gewonnen hat. (…)

Es ist früher Abend an diesem schönen Oktobertag, und im Rathaus der Kleinstadt Lawton findet eine Sitzung des Stadtrates statt. Und es gibt eine Proklamation. Bürgermeister Fred Fitch verliest feierlich eine Erklärung, in der er die deutsch-amerikanische Freundschaft rühmt, die deutschen Partner preist und keinen Zweifel daran lässt, dass die Partnerschaft auch in diesen unruhigen Zeiten mit ihren autoritären Versuchungen Bestand haben werde. Was in der Vergangenheit gewachsen ist, ist nicht so leicht zu zerstören. Die Zuhörer im Sitzungssaal applaudieren, einige sind aufgestanden, die deutschen Gäste sind gerührt. Die Szene könnte sich so oder so ähnlich an vielen Orten der Vereinigten Staaten abspielen. Selbst wenn Deutschland gerade das Ende seiner goldenen Jahre erleben mag, Kanzlerinnendämmerung inklusive, hier in Lawton brauchen sich die Deutschen um ihren Ruf keine Sorgen zu machen. Und um den transatlantischen Zusammenhalt auch nicht. Das kommt in vielen Gesprächen zum Ausdruck, nicht zuletzt mit jenen, die irgendwann einmal als Soldaten in Deutschland stationiert waren oder als deren Angehörige das Land kennenlernten. Die Geschichten, die sie erzählen, und die Verbundenheit, die sie bekunden, könnten Werbeleute nicht besser erfinden. (…)

In Washington wird ein anderer Ton angeschlagen, weil eine andere politische Wirklichkeit herrscht. Es ist die Wirklichkeit des Streits über Zölle und Exportüberschüsse, über Lastenteilung im Bündnis, die deutschen Energieimporte aus Russland (Stichwort Nord Stream 2), die Politik gegenüber Iran. Einige dieser Streitpunkte sind nicht neu, es sind „Evergreens", die schon frühere amerikanische Regierungen den Deutschen gesungen hatten, was die aber weitgehend ignoriert hatten. Die Verteidigungsausgaben sind so eine Washingtoner Dauerbeschwerde, die deutschen Exportüberschüsse eine andere; wobei im Handelsstreit zumindest atmosphärisch eine Entspannung eingetreten ist, seit Jean-Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, Trump im Juli seine Aufwartung mit Küssen und Umarmung im Oval Office gemacht hat. Seither verhandeln beide Seiten über freien Handel, immerhin. Die deutschen Autobauer sollten sich allerdings lieber nicht in Sicherheit wiegen. Noch immer stehen sie im Fadenkreuz des amerikanischen Präsidenten, der von dem Thema „deutsche Luxusautos auf amerikanischen Straßen" geradezu besessen ist.

Ähnliches gilt für die Militärpolitik: Bundeskanzlerin Angela Merkel will zwar die deutschen Verteidigungsausgaben mittelfristig auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern – was angesichts des desolaten Zustands der Bundeswehr zwar mehr als notwendig ist, aber nicht auf Gegenliebe beim Koalitionspartner SPD stößt. Doch das Weiße Haus wird sich damit nicht zufriedengeben, sondern die „reichen Deutschen" immer und immer wieder mit dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO traktieren, und dem haben sie schließlich selbst zugestimmt. Wobei sich Trump sicher sein kann, dass etwas „Deutschland-Bashing" bei europäischen Verbündeten gar nicht unpopulär ist, egal, was die sonst vom amerikanischen Präsidenten halten. (…)

Zurück nach Lawton. Von der Kleinstadt im Süden Oklahomas – nach Texas ist es nicht mehr weit – dürften selbst die allermeisten Amerikaner noch nie etwas gehört haben. Es gibt hier ein schönes Museum, das sich mit der Geschichte der Besiedlung befasst und das Schicksal der Indianer dokumentiert. Und es gibt eine große Militärbasis des amerikanischen Heeres, Fort Sill. Das Fort spielte in den Indianerkriegen eine Rolle. Hier üben auch Artillerie-Einheiten der Bundeswehr regelmäßig. Diese Verbindung funktioniert, vertrauensvoll, reibungslos und auch dann, wenn nicht gerade „Deutschland-Jahr" ist.

Überhaupt: Anders als es die zuweilen harsche, abschätzige Wortwahl des Präsidenten vermuten lässt, scheint das amerikanische „Commitment" für die NATO unverändert zu gelten. Jedenfalls dann, wenn das militärische Tun und Handeln der Vereinigten Staaten der Maßstab ist.

oben links
Christian Lange,
Sebastian Biedenkopf,
Astrid Hamker,
Jens Mildbandt

oben rechts
Uwe Bufe,
David Holt,
Friedrich Merz

mitte links
Steve Russell

mitte rechts
Friedrich Merz,
Mike Doran,
Peter Rough,
Tom Duesterberg,
David Deißner

unten
Andreas Krautscheid,
Emily Haber,
Uwe Bufe

oben
Wess Mitchell,
Friedrich Merz,
Paul Stucky,
David Knower,
Ken Toko,
David Deißner

unten
Die Delegation im Gespräch
mit Julia Friedlander

Podiumsdiskussion mit Mary L. Landrieu und Charlie Dent

# All Eyes on the United States: der Ausgang der Midterms

**Bei den U.S.-Midterms konnten sich die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus sichern und lösten in sieben Bundesstaaten Republikaner als Gouverneure ab. Die Republikaner bauten ihre Mehrheit im Senat aus. Mary L. Landrieu und Charlie Dent diskutierten die Ergebnisse**

Die ehemalige Senatorin aus Louisiana, Mary L. Landrieu (Demokratin), und das ehemalige Mitglied des Repräsentantenhauses aus Pennsylvania, Charlie Dent (Republikaner), sahen innenpolitische Themen als entscheidend für den Wahlausgang an. Während die Demokraten die Gesundheitsversorgung thematisierten, konzentrierten sich die Republikaner auf die boomende Wirtschaft – wobei Präsident Donald Trump immer wieder den Fokus auf das Thema Einwanderung verschob.

Die Linie des US-Präsidenten im Streit über die Verteidigungsausgaben anderer NATO-Staaten hielten Landrieu und Dent für begründet. „Die meisten Amerikaner denken, dass unsere europäischen Partner ihren Teil beitragen sollten“, sagte Landrieu. Jedoch setze Trump durch die Eskalation des Streites langjährige Partnerschaften aufs Spiel.

Bei relevanten Handelsstreitigkeiten – wie mit China – schade der Präsident den USA, indem er Partnerschaften aufkündigt. Gerade zur Einhegung Chinas sei das transpazifische Abkommen TPP konzipiert gewesen, aus dem die USA unter der Regierung Trump ausgestiegen sind.

Vorsichtig optimistisch kommentierte Landrieu die neue Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus. Der Kongress könne unter demokratischer Kontrolle den Regierungskurs auch in Handelsfragen positiv beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der politischen Polarisierung der USA beeindruckte der Austausch zwischen Landrieu und Dent durch Kollegialität und Sachlichkeit.

Die Panel-Diskussion wurde gemeinsam von der Atlantik-Brücke und dem German Marshall Fund of the United States in der European School for Management and Technology ausgerichtet.

oben links
Charlie Dent

oben rechts
Sudha David Wilp

mitte rechts
Emily Lines

unten
Charlie Dent,
Mary L. Landrieu,
David Deißner

Gespräch mit dem SACEUR, den U.S. Component Commanders und deutschen Generälen

# Lastenteilung in der NATO und hybride Bedrohungen

**Im Gespräch mit General Curtis M. Scaparrotti diskutierten etwa 30 hochrangige Soldaten, Bundestagsabgeordnete sowie Wirtschaftsvertreter und Journalisten außen- und sicherheitspolitische Themen**

Die Expertinnen und Experten sprachen mit General Scaparrotti, der als Supreme Allied Commander Europe nicht nur militärstrategischer Oberbefehlshaber für Operationen der NATO, sondern auch Kommandeur des U.S. European Command ist, über die europäische Sicherheitsarchitektur und die weitere Entwicklung des westlichen Bündnisses. Auch strategische Antworten Europas und der USA auf hybride Bedrohungen wurden in den Blick genommen.

Die Anwesenden stimmten darin überein, dass das transatlantische Bündnis ein entscheidender Faktor für die Stabilität in Europa bleibe. Seitdem die sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges mehrdimensional geworden seien, habe die NATO umfassende strategische Anpassungen durchlaufen, um diese zu bewältigen. So konnte die Allianz Fortschritte in Bezug auf Planungsprozesse, Bereitschaft für Einsätze, Mobilität und die Kommandostruktur machen. Die Teilnehmer betonten, dass die 29 NATO-Mitgliedstaaten diese Anpassungen mit großer militärischer Geschlossenheit zu Lande, zu Wasser und zu Luft durchgeführt hätten. Multinationale Kampfgruppen der NATO Enhanced Forward Presence dienten als starkes Beispiel für die Einheit der Bündnispartner.

> „Die Stärke der internationalen Ordnung stellt das eigentliche Fundament für die Sicherheit im transatlantischen Raum dar.“

Der destabilisierende Einfluss, den insbesondere Russland in aggressiver Weise auf Europa ausübt, nahm breiten Raum in der Diskussion ein. Aus aktuellem Anlass verurteilten die Teilnehmer die russischen Handlungen im Asowschen Meer einstimmig, die kurz zuvor stattgefunden hatten. So meinte ein Experte, Russland verwende konventionelle und unkonventionelle Waffen sowie Cyberinstrumente, um die europäische Resilienz infrage zu stellen. Die NATO konzentriere sich darauf, die territoriale Integrität,

oben
Curtis M. Scaparrotti

unten
Teilnehmer des Expertengesprächs mit dem U.S. European Command

die nationale Souveränität und die gemeinsamen Werte ihrer Mitgliedstaaten zu verteidigen. Einstimmigkeit herrschte darin, dass die Stärke der internationalen Ordnung das eigentliche Fundament für die Sicherheit im transatlantischen Raum darstelle: „Wir müssen unser Narrativ von Frieden, Wohlstand und unseres zivilisatorischen Erbes kommunizieren.“

Mit Blick auf die kontroverse Debatte um eine faire transatlantische Lastenteilung unter den NATO-Mitgliedstaaten wurde mehrheitlich festgestellt, dass mehrere europäische NATO-Mitglieder Fortschritte erzielten, ihre Beiträge zu den Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Manche Nationen könnten ihre Ausgaben nicht innerhalb eines Jahres auf zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes anheben und benötigten hierfür Zeit bis 2024, wie ein Experte mit Bezug auf die Übereinkunft, die die NATO während ihres Gipfels in Wales 2014 getroffen hatte, bemerkte. Was die Bundesrepublik Deutschland angeht, werteten es einige Teilnehmer als Zeichen des Fortschrittes, dass der Deutsche Bundestag den Haushaltsplan bewilligte. Dieser sieht einen Anstieg des Verteidigungshaushalts von zwölf Prozent im Vergleich zu 2018 vor. Der Anstieg macht 36 Prozent aus, zieht man 2014 als Vergleichsgröße hinzu.

> „Der Westen muss auf hybride Herausforderungen kollektiv antworten.“

Außerdem stand der Umgang mit hybriden Bedrohungen im Mittelpunkt. Festgehalten wurde, dass Krisen in der Vergangenheit isoliert waren und begrenzte Ressourcen beanspruchten. Heute dagegen würden hybride Bedrohungen Grenzen ausweiten, oftmals verursacht durch nicht-staatliche Akteure. Es sei schwieriger geworden, Bedrohungen zu verorten und zu bestimmen, wer dafür verantwortlich ist.

Die westliche Demokratie sei verwundbar, wenn Cyberattacken stattfinden und Desinformationen verbreitet werden. Teilnehmer verliehen ihrer Sorge Ausdruck, dass sich die deutsche Bevölkerung hybrider Bedrohungen nicht bewusst sei. Es sei essenziell, zu verstehen, dass Cyberangriffe die nationale Sicherheit bedrohten. Um ihnen zu begegnen, etablierte Deutschland im Jahr 2017 das Kommando „Cyber- und Informationsraum“.

Auch die NATO etablierte ein Cyberkommando als abgegrenztes Streitkräftekommando innerhalb der Bündnisstruktur. Das Europäische Kommando der Vereinigten Staaten hat ebenfalls ein eigenständiges Cyberkommando. „Der Westen muss auf hybride Herausforderungen kollektiv antworten, da keine Nation für sich die Fähigkeit besitzt, auf all diese Bedrohungen zu antworten“, unterstrich ein Teilnehmer.

oben
Stephan Thomas,
Ansgar Rieks,
Jürgen Setzer

mitte links
John M. Wood,
Géza von Geyr

mitte rechts
Joachim Rühle

unten links
Omid Nouripour

unten rechts
Bettina Cadenbach

**DINNER DISCUSSION MIT JAMIE FLY**

Am 29. Januar 2019 sprach Jamie Fly, Senior Fellow und Director, Future of Geopolitics, Asia Program beim German Marshall Fund of the United States, in Berlin mit Atlantik-Brücke-Mitgliedern über die zu erwartenden innen- und außenpolitischen Auswirkungen der Midterm Elections.

**"CYBERATTACKS – THE STATE OF NATIONAL RESILIENCE"**

Richard Wike, Director of Global Attitudes Research beim Pew Research Center, präsentierte am 20. Februar 2019 in Berlin Ergebnisse einer internationalen Umfrage zur öffentlichen Meinung über die Widerstandsfähigkeit von Regierungen gegenüber Cyberattacken.

**YOUNG LEADERS ALUMNI NEW YEAR'S REUNION**

Bei der Reunion am 19. Januar 2019 in Berlin sprach Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), außenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, über die aktuelle Außenpolitik der USA. Er berichtete außerdem von seinen persönlichen Erfahrungen mit dem sogenanntem „Muslim Ban". Begonnen hatte das Neujahrstreffen der Young Leaders mit einem Panel zu Künstlicher Intelligenz.

**„10 JAHRE NACH DER FINANZKRISE"**

Professor Dr. Andreas R. Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank a. D. und Schatzmeister der Atlantik-Brücke, teilte am 19. Oktober 2018 in Frankfurt seine Einschätzung zu den Lehren aus der Lehman-Insolvenz.

**"THE RISING ENERGY SUPERPOWER CHINA – A TRANSATLANTIC RESPONSE?"**

Stefan Haid, Frank Klaas, Professor Dr. Friedbert Pflüger, Frank Lavin und Dorian Ducka diskutierten am 12. Oktober 2018 im Magnus-Haus in Berlin den wachsenden Machtanspruch Chinas und die Energiepolitik im chinesisch-europäisch-amerikanischen Beziehungsgeflecht.

**"THE TRANSATLANTIC RELATIONS AND THE NEW ROLE OF THE UNITED KINGDOM"**

Am 12. Februar 2019 lud der deutsche Botschafter in London, Dr. Peter Wittig, Atlantik-Brücke-Mitglieder in seine Residenz ein, um in Zeiten des Brexits den deutsch-britischen Austausch zu stärken.

**"U.S. PERSPECTIVES ON MONETARY POLICY & FINANCIAL STABILITY"**

New Yorker Atlantik-Brücke-Mitglieder diskutierten am 25. April 2019 mit Jan Hatzius, Chief Economist and Head of Global Economics and Market Research bei Goldman Sachs & Co. LLC, Währungspolitik und die Rolle des Dollar.

**"THE FUTURE OF MOBILITY: WHAT'S NEXT?"**

Pierre-Dimitri Gore-Coty, Vizepräsident von Uber, diskutierte am 19. Februar 2019 in Berlin mit Atlantik-Brücke-Mitgliedern und Young Leaders-Alumni die gesellschaftlichen Chancen und Herausforderungen durch Shared Mobility.

# “Effective multilateralism and international trade in a changing world”

**Kanadas Außenministerin Chrystia Freeland setzte sich 2016, noch in ihrer Funktion als Handelsministerin, in den Verhandlungen persönlich für den Abschluss des europäisch-kanadischen Handelsabkommens CETA ein. Welche Rolle der Freihandel für eine freie, regelbasierte Weltordnung unter veränderten Vorzeichen spielt, war eines der großen Themen des Roundtables mit der Ministerin**

Die alte Weltordnung mit ihren nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Institutionen verändert sich unwiderruflich, darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutsch-Kanadischen Roundtables einig. Es käme nun darauf an, sie aktiv zu gestalten. Während die Auswirkungen der Wende in der US-Außenpolitik unter der Regierung Trump nicht übertrieben werden sollten, müsste der Rest der Staatenwelt eine angemessene Reaktion auf diese finden. Es gelte, die Bedeutung der bestehenden Institutionen, die nach wie vor Garanten einer liberalen Weltordnung seien, auch durch Reformen zu wahren. So sei die Welthandelsorganisation beispielsweise nicht adäquat dafür ausgerüstet, die negativen Folgen der Globalisierung aufzufangen, und könne deshalb nicht dafür sorgen, dass diese ein inklusiver Prozess werde. Dies sei gerade angesichts eines erstarkenden Nationalismus und Protektionismus wichtig.

Regelbasierter Freihandel sei ein wichtiges Gut in einer globalisierten und vernetzten Welt. Der Weg der Abschottung könne in der heutigen Zeit keine Option mehr sein. Die Politik müsse die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen und die Vorteile des Freihandels und des mit ihm einhergehenden Wachstums – wie Schaffung guter Arbeitsplätze oder Vorteile für Konsumenten – offensiver kommunizieren. Freihandel dürfe kein Elitenprojekt sein.

oben links
vorne: Stéphane Dion,
Michael Hüther,
Chrystia Freeland,
Niels Annen,
Ailish Campbell

oben rechts
Ailish Campbell

mitte links
Ulrich Nußbaum,
Chrystia Freeland,
Bernd Rützel,
Stéphane Dion

mitte rechts
Sarah Kelly

unten
Chrystia Freeland,
Sabine Sparwasser,
Niels Annen

# “Let us not underestimate our collective power”

**Kanadas Außenministerin Chrystia Freeland wurde als erste Kanadierin mit dem Eric-M.-Warburg-Preis geehrt. Sie wurde für ihr großes Engagement um das europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA ausgezeichnet. Die Laudatio hielt Bundesaußenminister Heiko Maas**

Die Lederjacke hatte sie zur Preisverleihung in Berlin nicht angezogen, aber Außenminister Heiko Maas erinnerte sich noch gut, wie Chrystia Freeland damit zum G7-Treffen in Toronto kam. Ihre unprätentiöse Garderobe, so der deutsche Außenminister, sei aber bei Weitem nicht das Einzige, was die Ministerin so unverwechselbar mache. „Chrystia Freeland hat die kanadische Außenpolitik zu einer ‚Marke‘ gemacht, die sich vom sonstigen diplomatischen Singsang klar und erkennbar abhebt.“ Dies gelte insbesondere für die außenpolitischen Prioritäten während Kanadas G7-Präsidentschaft. „Gegen den Trend von Abschottung und Protektionismus hat sie mutig Stellung bezogen: für mehr internationale Zusammenarbeit, nicht weniger. Sie hat den Eric-M.-Warburg-Preis mehr als verdient.“

> “It is time for multilateralists to take on more of a leadership role.” Chrystia Freeland

Die Preisträgerin hob in ihrer Dankesrede vor den rund 280 hochrangigen Gästen die große Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft und die Verdienste der USA hervor. Sie betonte jedoch auch, dass angesichts der neuen Gewichtung, die Washington in seinen Allianzen vornehme, nicht alles beim Alten bleiben dürfe: “But now is the time for enthusiastic transatlanticists and multilateralists like Canada and Germany to embrace the reality that in the 21st century countries like ours need to take on more of a leadership role, and together, find creative and effective ways to do so.”

Die Ministerin rief dazu auf, entschieden für die Werte der liberalen Weltordnung einzutreten – und dabei nicht vor negativen Konsequenzen zurückzuschrecken: “Facts matter. Truth matters. Justice matters.” Ein guter Anfang beim Einsatz für diese Weltordnung sei der Freihandel, wie er auch mit CETA vorangetrieben wird. “Rules-based trade by no means guarantees peace between nations. But it helps. And that is why fighting

oben
Heiko Maas,
David Deißner

unten
Friedrich Merz,
Chrystia Freeland,
Heiko Maas

together for free, fair trade is essential in the fight against resurgent authoritarianism."

In seiner Begründung zur Wahl der Preisträgerin sagte Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke: „Mit CETA setzen Kanada und Europa gemeinsam ein Zeichen für transatlantische Kooperation und Multilateralismus. Ohne das herausragende Engagement von Chrystia Freeland wäre dieses wegweisende Abkommen nicht zustande gekommen." Max Warburg, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke und Sohn von Eric Warburg, dem Namensgeber des Preises, verwies anlässlich der Preisverleihung nicht nur auf die politischen Errungenschaften Freelands, sondern auch auf ihre persönliche Integrität: „Chrystia Freeland ist in ihren moralischen Prinzipien unbeirrbar. Sie tritt auch mächtigen Gegnern couragiert entgegen und setzt sich für ihre Werte ein."

> „Mit CETA setzen Kanada und Europa gemeinsam ein Zeichen für transatlantische Kooperation und Multilateralismus." Friedrich Merz

oben
Marie-Josee Smard, Thomas Enders, Heiko Maas, Chrystia Freeland, Nagila Warburg, Sabine Sparwasser

mitte links
Alain Bellemare, Thomas Enders

mitte rechts
Sabine Sparwasser, Max Warburg

unten links
RIAS Kammerchor

unten rechts
Chrystia Freeland, Friedrich Merz

Chrystia Freeland

# Ein Fest der transatlantischen Freundschaft

**Mit Chrystia Freeland, der Preisträgerin des Eric-M.-Warburg-Preises, feierten Mitglieder, Young Leaders-Alumni und Gäste der Atlantik-Brücke**

Kanadas Außenministerin Chrystia Freeland, die unmittelbar zuvor den Eric-M.-Warburg-Preis erhalten hatte, eröffnete zusammen mit dem Journalisten Ali Aslan die Atlantik at Night. Sie sprach über die Bedeutung der europäisch-kanadischen Beziehungen, Kanadas Rolle in der Welt und über ihre Karriere als Journalistin und langjährige Ukraine-Korrespondentin.

Zu den Klängen von Funk, Pop und Soul tanzte die Ministerin anschließend gemeinsam mit über 400 Gästen. Das Fest dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Atlantik at Night ist die Weiterentwicklung des Atlantik Balls, der sich in den Jahren 2015 und 2017 großer Beliebtheit erfreut hat.

oben
Friedrich Merz,
Thomas Enders,
Chrystia Freeland,
Heiko Maas,
Alain Bellemare,
David Deißner

unten
Cori Fleser,
Sonia Khan,
Valerie Hopkins

oben
Can Toygar,
Cori Fleser,
Sonia Khan,
Chelsea Render,
Sarah Kelly,
Jessica Becker,
Christian-Hendrik
Heusermann,
Julia Reuss,
Fabian Sahl,
Philipp Merkl

unten
Lounge Society

oben links
Chrystia Freeland

oben rechts
Bis in die frühen Morgen-
stunden wurde zu Funk,
Pop und Soul getanzt

mitte rechts
Caroline Sehm,
Gordon Repinski

unten
Thomas Speckmann,
Denise Feldner

# „Der Brexit wird nicht auf Kosten der transatlantischen Beziehungen gehen“

**Der langjährige Europa-Abgeordnete und Brexit-Beauftragte der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Elmar Brok, sprach über den Austritt Großbritanniens aus der EU und die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen**

**Herr Brok, Sie sind seit 1980 Mitglied des Europäischen Parlamentes und haben schon viele europäische Krisen mitverfolgt. Vor dem Hintergrund Ihrer fast 40-jährigen Erfahrung: Wie groß ist Ihre Sorge um Europa angesichts nationalistischer Strömungen und Entwicklungen vor dem Brexit?**

Die nationalistischen Strömungen sind in der Tat sehr gefährlich. Dieser Weg kann letztlich zu den Schützengräben der Vergangenheit zurückführen, wenn nationalistische Parteien zu mächtig werden. Der Brexit zeigt deutlich, dass die Populisten die Wähler bewusst täuschen, um ihre nationalistische Agenda durchzusetzen. Die Demokraten müssen dagegenhalten, um unseren Frieden und unsere Freiheit zu erhalten. Aber auch die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges, der Binnenmarkt, ist dann zerstört.

**Präsident Donald Trump hat den Brexit befürwortet, aber die von Premierministerin Theresa May verhandelten Pläne für den Austritt harsch kritisiert. Ist ein No-Deal-Brexit besser für die USA?**

Generell ist der Brexit schlecht für die USA, das hatte Präsident Barack Obama sehr gut dargestellt. Für die USA unter Trump ist ein No-Deal-Brexit besser als ein Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, da dies den USA eine enorm überlegene Verhandlungsposition gegenüber den Briten einräumt.

**Was bedeutet der Brexit für die transatlantischen Beziehungen? Werden die USA und Großbritannien auf Kosten der transatlantischen Beziehungen politisch und wirtschaftlich weiter zusammenrücken?**

Wenn es bei der von Theresa May vorgeschlagenen Strategie für die Zeit nach dem Brexit bleibt, ist eine engere Anlehnung an die USA zu erwarten. Ich glaube aber nicht, dass dies auf Kosten der transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und der EU gehen wird. Schließlich haben alle Beteiligten ein Interesse daran, die guten Beziehungen beizubehalten. Die EU als Einheit ist eine starke Kraft, vor allem auch in der Handelspolitik.

> „Die EU als Einheit ist eine starke Kraft, vor allem auch in der Handelspolitik.“

oben
Elmar Brok

unten
Die Teilnehmer des Frankfurt Luncheon in der Frankfurter Gesellschaft

# “The actual state of Iran’s weaponization”

**Der Physiker und Sicherheitspolitikexperte David Albright beobachtet das Atomprogramm des Irans seit vielen Jahren. Bis heute gebe es keinerlei Hinweise, dass der Iran sein Atomprogramm je aufgegeben habe oder dies beabsichtige, so der Präsident des gemeinnützigen Institute for Science and International Security (ISIS)**

David Albright hat Hunderte Dokumente, die der israelische Geheimdienst in einem geheimen Atomarchiv Anfang 2018 in Teheran sicherstellte, ausgewertet. Er kommt zu dem Schluss, das Atomprogramm des Irans sei 2003 und 2004 deutlich weiter fortgeschritten gewesen, als die Öffentlichkeit und Experten annahmen. Der Iran halte sich heute zwar offiziell an die Anforderungen des Atomabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action JCPOA), habe aber seine Pläne und das notwendige Material zum Bau von Nuklearwaffen nie vernichtet. Andere Länder wie Südafrika und die Schweiz hätten sämtliche Unterlagen und Materialien mit dem Ende ihrer Atomwaffenprogramme zerstört. Für Albright ist dies ein Hinweis darauf, dass der Iran weiterhin nicht primär an einer friedlichen Nutzung von Kernenergie interessiert sei, sondern die Unterlagen für einen künftigen militärischen Gebrauch archiviere. Die Tatsache, dass die von Israel präsentierten Dokumente über das iranische Atomprogramm nur wenig beachtet wurden, führt Albright auf den unbedingten Wunsch von Teilen des Westens zurück, weiterhin am JCPOA festzuhalten. Durch die fehlende Auseinandersetzung mit dem belastenden Material hätten jedoch gerade diejenigen, die den JCPOA schützen wollen, den Gegnern des Abkommens in die Hände gespielt, resümierte Albright.

Gleichzeitig rief Albright die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) und die internationale Gemeinschaft auf, gemeinsam zu handeln. Der Iran sei im Gegensatz zu Nordkorea deutlich anfälliger für Druck und monetäre Sanktionen von außen. So könne die vom Iran ausgehende nukleare Gefahr eingedämmt werden. Albright warnte die Europäerinnen und Europäer davor, auf eine Zeit nach Donald Trump zu warten. Auch ein demokratischer Präsident würde dem JCPOA in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

oben links
David Albright

oben rechts
Freya Oehle

mitte links
Christian-Hendrik Heusermann

mitte rechts
Arend Oetker

unten
Ernst Primosch, David Deißner, David Albright, Peter Burba

# “We are only at the tip of the iceberg when it comes to disinformation”

**Alina Polyakova sieht die USA und Europa nicht ausreichend vorbereitet auf die Bedrohung durch sogenannte Deep Fakes. Polyakova, David M. Rubenstein Fellow der Brookings Institution, analysiert Desinformationskampagnen, die mithilfe Künstlicher Intelligenz erzeugt wurden. Sie sieht die sozialen Medien und die Politik gleichermaßen in der Pflicht, aktiv zu werden**

**Dr. Polyakova, when we talk about disinformation campaigns and political warfare the year 2016 stands out. The presidential election in the United States and the Brexit referendum were the wake-up call for the West. What has happened since and what is the next iteration of this threat?**

What happened in 2016 was not new in terms of Russia’s global desire to undermine influence politics in other countries like Ukraine, Georgia, and countries closer to Russia that it considers to be the legitimate testing grounds for these kinds of operations. This tool kit has become so diffuse. We are seeing other state actors using these kinds of techniques. Iran, North Korea, and China will eventually enter this space in a significant way as well. If you look at what the Russian intentions and activities have been in places like Ukraine, we can make some assertions about what we might expect.

> “The social media companies are responding to this threat only to a certain extent. In my view, their response is relatively superficial.”

First of all, disinformation campaigns especially in social media have not stopped. Secondly, they have certainly evolved in the sense that we now see a lot of content that we can identify as disinformation from the Russian side jumping across platforms and being amplified by Facebook, Twitter, and Instagram. Google results are being manipulated when it comes to certain search terms. The social media companies are responding to this threat only to a certain extent. In my view, their response is relatively superficial and minimal. They have started taking down disinformation networks and reducing automated accounts in rank. However, we are quite far behind in truly addressing this threat.

**You wrote an excellent report at Brookings entitled “Weapons of the Weak: Russia and AI-Driven Asymmetric Warfare” in which you highlighted the return on investment of so-called “Deep Fakes.” What exactly are we talking about here?**

“Deep Fakes” has become the term of a catch-all concept for manipulation of audio and video

> “We are quite far behind in truly adressing the threat of disinformation.” Alina Polyakova

content online. Deep Fakes are AI driven and produce incredibly advanced and original content. Doctored videos and images are nothing new. But this concept is profoundly different because our ability to detect manipulated video and audio has not caught up with the ability of these algorithms to produce this false audio and video material.

**Can you give us an example?**

Here is a quick and famous one: If you google Obama and deep fake, you will see four videos of President Obama speaking. I regularly show these and give talks about them. I always ask the audience: which one is the real Obama? People pick one, but of all them are fake of course! This signals to us that AI is closely linked to big data. If you can feed a huge amount of data into this algorithm, it can produce a new video. It looks so real and so convincing that we can't detect it is false content.

Frankly, some implications of this phenomenon are frightening. An audio voicemail being left for troops serving in the Baltic states or an e-mail coming in with a video of the commanding officer sharing what is actually false and misleading information take some time to verify. Meanwhile, that will subserve the role of disorientating potential military operations. Fake videos are often much more fun to look at

> "If you can feed a huge amount of data into this algorithm, it can produce a new video. It looks so real and so convincing that we can't detect it is false content."

because they are more sensationalist than accurate content. They are spread much faster than accurate content, and it takes longer to debunk their false narratives. It is open-source based, so it is out there. We have to prepare ourselves for this.

**Russia will probably not be the developer of this technology but more of an early adopter and weaponizer of it. Who is developing this technology?**

Russia has great military capacities and of course a nuclear arsenal. But if you look at its financial capabilities, its struggling economy, and its declining demographics, Russia doesn't look like a great power. From the Russian perspective, investing in these kinds of technologies and asymmetric threats is a great way to balance out the other inequities that the country experiences vis-à-vis Western Europe and the United States.

> "From the Russian perspective, investing in these kinds of technologies is a great way to balance out the other inequities the country experiences vis-à-vis Western Europe and the United States."

Well, who are the innovators? Certainly, it is a global market. If we look at a few different indicators, it becomes very clear who is going to be an innovator. Obviously, you need well trained, sophisticated, highly skilled individuals in machine learning. You also need access to massive amounts of data. AI has been around for decades, some of the first AI algorithms were written in the 1950s. In fact, the new algorithms are not that different. However, the critical change has been that we now have the ability to process data and that we have a mass availability of data. China will consequently lead in this sphere. Whoever controls the data will control the world.

**Another leader in this space is the United States. How should governments regulate AI to protect our democracy from these kinds of technologies being weaponized in civil society?**

I haven't seen any serious regulatory and legislative efforts in the United States so far to grapple with this problem. Mainly because we don't see a clear technological solution. On the regulatory side it is very difficult to see where this will go. There is a general reluctance among policy makers in the Republican and Democratic parties around regulatory efforts for the big tech firms who are driving so much of the economic growth in the United States and are also funding many congressional campaigns.

We have to start from the very beginning. This means policymakers need to know what they are talking about before they start legislating. Right now, there is a serious gap between tech and policy regarding the understanding of technology. There is some precedence showing how to deal with big new industries and big revolutionary changes, like forcing these companies to have common terms of use. This is something that the U. S. Congress has forced on credit card companies, it had also forced regulatory efforts on big tobacco back in the 1960s.

**Is there an increasing pressure on the companies to take more responsibility?**

The pressure is certainly there. Facebook and Twitter have made some efforts to deal with this. If I had to rank them in terms of how cooperative they have been with researchers and government, Twitter is most transparent in sharing data on some of the networks that are identified as being malicious. The companies now

> "Policymakers need to know what they are talking about before they start legislating."

call this kind of manipulative behavior an offensive coordinated activity. We have heard a lot of very highly publicized takedowns of networks on Facebook and pages associated with Sputnik for example. But we don't have a good sense whether this really makes a difference. We are very much at the tip of the iceberg. The platforms are perfectly designed to be the vectors of the dissemination of disinformation.

**How do you deter an authoritarian state where a civil society doesn't really exist?**

That is where governments can be most effective. They should send very clear messages via intelligence as to the consequences to specific actions on our critical infrastructure. You have

> "You have to convey that there is a price to pay if you attack our societies. There has to be an economically punitive component."

to convey that there is a price to pay if you attack our societies. There has to be an economically punitive component. Others have suggested not so much a defensive strategy but an offensive strategy. But this is very dangerous.

*Interview: Tyson Barker, Deputy Director und Fellow, Aspen Institute Deutschland*

MSC Side Event mit Antony J. Blinken

# “No wall is high enough to contain those challenges”

**Antony J. Blinken, stellvertretender US-Außenminister a. D., war zu Gast bei einem Dinner der Atlantik-Brücke am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz. In seinem Vortrag erläuterte er, weshalb die Welt sich heute an einem historischen Wendepunkt befindet**

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten stellte für Antony J. Blinken auch persönlich eine Zäsur dar. Er hatte bis zu Tumps Amtsantritt 25 Jahre für die US-Regierung gearbeitet und bezeichnet sich selbst als „recovering politics addict“.

Blinken sprach von einer Welt, in der sich tiefe Gräben auftun zwischen jenen, die sich angesichts komplexer sozialer und geopolitischer Veränderungen verteidigen und abschotten wollen, und jenen, die offene Gesellschaften als beste Antwort auf diese Herausforderungen betrachten. Blinken beschreibt die Wahl, vor der Gesellschaften aktuell stehen, als „building walls versus building bridges“. Für diese Kluft benannte Blinken drei Ursachen: Erstens führe die Tatsache, dass Informationen heute schneller und ungefilteter auf Menschen einwirken, zu einem Gefühl von Überwältigung und Verwundbarkeit. Zweitens gehe es der Menschheit heute zwar besser als je zuvor, gleichzeitig nehme die Ungleichheit dramatisch zu. Das Resultat sei Wut. Und drittens führe die weltweite Machtverschiebung zu einer Krise von Glaubwürdigkeit und Legitimität und letztlich zu einem Misstrauen gegenüber politischen Eliten.

Nach Blinken drängen sich historische Parallelen auf. Bei der Etablierung der Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die Amerikaner auf den Gedanken des „Win-Win“ gesetzt. Nur so sei eine stabile Weltordnung und die Entfaltung einer globalen Mittelschicht möglich gewesen. Die Herausforderungen der Zukunft wie Epidemien, Terrorismus, Klimawandel oder Cyberkriege könnten heute von keinem Staat unilateral gelöst werden. Blinken betonte: “No wall is high enough to contain those challenges.” Die Frage sei, wie Menschen überall auf der Welt in der Lage sind, ihre Fähigkeiten maximal zu entfalten und damit zum Wohlstand ihrer Gesellschaft beizutragen. Die Amerikaner müssten wieder verstehen lernen, dass der Wohlstand anderer Gesellschaften auch zu ihrem eigenen beitrage. Für eine progressive Ära mit globaler Reichweite sei es zentral, historische Erfahrungen zu berücksichtigen. Denn es gelte: “Those who forget history have to retweet it.”

oben
Antony J. Blinken

unten
Peter Strüven,
Angelika Gifford,
Rupprecht Graf von Pfeil

oben
Friedrich Merz,
Christoph Rückel

unten
Robin Quinville,
Antony J. Blinken,
Friedrich Merz

oben
Die Gäste im gelben Salon
des Bayerischen Hofes

unten
Herlinde Koelbl,
Sonja Lahnstein-Kandel

# „Zwischen Disruption & Stabilität – Innovation im Gesundheitswesen aus transatlantischer Perspektive“

**Die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für das deutsche und amerikanische Gesundheitswesen standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung der Atlantik-Brücke und des Investors Project A mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn**

Minister Spahn stellte zu Beginn seiner Keynote fest, dass es „riesige Unterschiede zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Gesundheitswesen“ gebe. Deutschland verfüge zwar grundsätzlich über einen attraktiven Gesundheitsmarkt, der Patienten und Verbrauchern einen hohen Datenschutz biete. Das hohe Regulierungsniveau und zum Teil veraltete Kommunikationsarten erschwerten Start-ups jedoch den Marktzugang. Zudem sei die Bevölkerung nicht bereit, aus eigenen Mitteln für digitale Gesundheitsdienstleistungen zu zahlen. Diese beiden Punkte gestalteten sich in Amerika in Bezug auf eine höhere Risiko- und Investitionsbereitschaft sehr viel unterschiedlicher. Das Bundesgesundheitsministerium habe auch aus diesem Grund eine Abteilung für digitale Innovation gegründet. „Wir wollen erst einmal ein Bewusstsein für die Potenziale der Digitalisierung im Gesundheitswesen schaffen“, sagte Spahn.

In der anschließenden Panel-Diskussion sprach Spahn mit Barmer-Vorstandsmitglied Dr. Mani Rafii, Peter Albiez, Vorsitzender der Geschäftsführung der Pfizer Deutschland GmbH, und Simon Bolz, Geschäftsführer und Gründer von Klara Inc., über ein auf Werten basierendes Gesundheitssystem. Besonders wichtig sei die Qualitätssicherung und -messung in Krankenhäusern. Diesen Zielen würden bürokratische Hürden im Zusammenhang mit Qualitätsberichten sowie das Spannungsfeld aus Kostenkontrolle und Effizienz gegenüberstehen. Alle stimmten zu, dass digitale Innovationen für den deutschen Markt notwendig seien. Spahn betonte, dass sich die Netzwerk-Infrastruktur dahingehend verändern müsse, dass alle Marktteilnehmer eine Kern-Software nutzen, mit der Patienten auf agile Weise etwa ihre Krankenkasse wechseln können. Bolz bemerkte, dass sich die Gesetzgebung in diesem Sektor insgesamt zu langsam an neue Technologien anpasse.

oben links
Jens Spahn,
Uwe Horstmann

oben rechts
Nora Zetsche

mitte links
Christoph Ehlers,
Peter Albiez,
Sebastian Zirfas

mitte rechts
Karsten Neumann,
Sophie Chung,
Mani Rafii

unten
Nina Jetter,
Mani Rafii,
Jens Spahn,
Peter Albiez,
Simon Bolz

# “We need a more active role for governments and regulators”

**Mark Zuckerberg, Gründer und CEO von Facebook, diskutierte mit Mitgliedern und Gästen der Atlantik-Brücke über Desinformationskampagnen im Vorfeld von Wahlen, Datenschutz und seine Forderung nach mehr Regulierung im digitalen Raum. Am Rande der Veranstaltung gab uns Zuckerberg ein Interview zum Thema**

**Mark, what are Facebook’s plans to counter possible attempts of electoral manipulation on the platform – especially with regard to the European election in May of this year and the U.S. Presidential elections next year?**

At Facebook, we’re focused on protecting elections while also making sure people have a voice in the political process. Over the last two years, we’ve learned from elections around the world to create a robust approach to safeguard our platform. This includes removing fake accounts, reducing false news, disrupting bad actors, and increasing ad transparency. And we’re doing this while also supporting an informed and engaged electorate.

> “We’ve learned from elections around the world to create a robust approach to safeguard our platform.”

In the run-up to the European parliamentary elections in May, we are making big changes to the way ads with political content work on Facebook. We are introducing some new tools to help us deliver on two key goals: preventing online advertising from being used for foreign interference, and increasing transparency around all forms of political and issue advertising.

These steps will include ensuring that advertisers are authorized in their country to run ads related to the European parliamentary elections. In addition, to increase transparency, all ads related to politics and issues on Facebook and Instagram in the EU must be clearly labeled. This includes a “paid for by” disclosure, allowing you to see who is paying for the ad. We have also built a new tool called Ad Library to make it easy for everyone to find out about political or issue ads on Facebook, including information on the number of times the ad was viewed, and demographics about the audience reached, including age range, location, and gender.

These changes will not prevent abuse entirely. We’re up against smart, creative, and well-funded adversaries who change their tactics as we spot abuse. But we believe that they will help prevent future interference in elections on Facebook. And that is why they are so important.

**You have talked about your endeavor to offer a digital equivalent of the living room. What do you mean by that?**

Over the last 15 years, Facebook and Instagram have helped people connect with friends, communities, and interests in the digital equivalent

oben
David Deißner,
Michael Hüther,
Mark Zuckerberg

unten
Martin Ott,
Hannes Ametsreiter,
Tanit Koch,
Steffen Klusmann,
Michael Hüther,
Christian Hübenthal,
Kai Diekmann,
Mark E. Zuckerberg,
Norbert Röttgen,
Rainer Esser,
Lars Klingbeil,
David Deißner,
Claudia Nemat,
Niels Annen,
Eva-Maria Kirschsieper,
Omid Nouripour,
Dorothee Bär

of a town square. But people increasingly also want to connect privately in the digital equivalent of the living room. As I think about the future of the Internet, I believe a privacy-focused communications platform will become even more important than today's open platforms.

> "I believe a privacy-focused communications platform will become even more important than today's open platforms."

Privacy gives people the freedom to be themselves and connect more naturally, which is why we build social networks.

I believe the future of communication will increasingly shift to private, encrypted services where people can be confident what they say to each other stays secure and their messages and content won't stick around forever. This is the future I hope we will help bring about.

Public social networks will continue to be very important in people's lives – for connecting with everyone you know, discovering new people, ideas and content, and giving people a voice more broadly. People find these valuable every day, and there are still a lot of useful services to build on top of them. But now, with all the ways people also want to interact privately, there's also an opportunity to build a simpler platform that's focused on privacy first.

**You have recently called for more regulation of the digital space. This is unusual for the CEO of a major tech company. How come?**

Technology is a major part of our lives, and companies such as Facebook have immense responsibilities. Every day we make decisions about what speech is harmful, what constitutes political advertising, and how to prevent sophisticated cyberattacks. These are important for keeping our community safe. But if we were starting from scratch, we wouldn't ask companies to make these judgments alone.

I believe we need a more active role from governments and regulators. By updating the rules for the Internet, we can preserve what's best about it – the freedom for people to express themselves and for entrepreneurs to build new things – while also protecting society from broader harms.

The areas I identified are harmful content, election integrity, privacy, and data portability. I believe Facebook has a responsibility to help address these issues, and I'm looking forward to discussing them with lawmakers around the world. We should have a broader debate about what we want as a society and how regulation can help. These four areas are important, but, of course, there's more to discuss.

> "By updating the rules for the Internet, we can preserve what's best about it – the freedom for people to express themselves and for entrepreneurs to build new things."

oben links
Claudia Nemat,
Hannes Ametsreiter

oben rechts
Tanit Koch,
Niels Annen

mitte links
Norbert Röttgen,
Michael Hüther

mitte rechts
Lars Klingbeil,
Kai Diekmann,
Dorothee Bär

unten
Niels Annen,
Omid Nouripour

Interview mit Elbridge A. Colby

# “The number one national security priority is great power competition”

**Elbridge A. Colby gilt als einer der führenden Köpfe hinter der U.S. National Defense Strategy von 2018. Der ehemalige Deputy Assistant Secretary of Defense for Strategy and Force Development und heutige Director of the Defense Program at the Center for a New American Security sieht China und Russland als größte sicherheitspolitische Herausforderungen der USA. Von Deutschland fordert er in einem Interview am Rande einer Veranstaltung der Atlantik-Brücke in Berlin mehr Engagement in der NATO**

**Elbridge, in 2018 the U.S. government fundamentally changed its National Defense Strategy. One could argue that it now focuses more than before on great power competition. What are the implications of this strategy for Europe and for NATO?**

As former Secretary of Defense James Mattis put it, the number one national security priority, specifically defense priority, for the United States is no longer terrorism, but is now great power competition. This means above all China because of the scale and sophistication of its military, but also Russia. From a military perspective in Europe it will mean a greater focus on Russia. Over the last 15 years, the Russians have quite assiduously worked on developing a range of capabilities, particularly conventional forces to pursue a theory of victory against eastern NATO by using the fait accompli and coupling that with their nuclear forces to create new facts on the ground. NATO would be very loath to try to reverse them.

**You recently co-authored an article with Walter Slocombe in the “Frankfurter Allgemeine Zeitung” regarding the collapse of the INF treaty. You wrote that “this is not a problem that will be solved by threatening targets deep into Russia.” Your advice is instead to blunt a Russian assault against NATO. Could you elaborate on this approach?**

The real danger that Russia poses from a military perspective is that it might very rapidly seize territory in the Baltics or in Eastern Poland and then create a hardened defensive position. After the long period of time it might take for the alliance to build up the forces to eject Russia, people will be so accustomed and so loath to risk what would be required to eject them that they will accept the new reality. That would fundamentally undermine NATO.

> “Russia might very rapidly seize territory in the Baltics or in Eastern Poland and then create a hardened defensive position.”

> “We are living in an era in which the U.S. needs more help.”
>
> Elbridge A. Colby

Instead of waiting, our forces have to be better able to blunt a Russian assault from the beginning. European forces, along with American forces, can get forward very quickly and engage the Russian forces that might be invading. That

> “Germany could put a bit more effort and resources into redeveloping at least a fraction of the Bundeswehr that existed in 1988.”

sounds aggressive, but actually it’s considerably less destabilizing than some of the alternatives. If Germany wants to avoid an arms race, it could put a bit more effort and resources into redeveloping at least a fraction of the Bundeswehr that existed in 1988. That would go a long way to solve this problem.

**The U.S. has repeatedly called upon NATO member states to commit themselves to the two percent target. What is the U.S. asking of Germany and other European NATO allies beyond spending two percent of their respective GDP on security and defense?**

Two percent is a good marker. But what we really want is output. As an alliance we want forces that can defend our common territory. Europe must be able to contest Russian aggression from the get-go. Germany could put three divisions in the field. In 1988 Germany had 15 divisions available. So, this would be one-fifth of what Germany could do in 1988. Today Germany is much richer and much more secure. Germany is really the crucial state: It’s the country that has the largest economy in Europe and it has a significantly latent military capability. Meeting some of these objectives would be well within Germany’s ability without imposing a strain on its society.

**How is the German reluctance to the two percent target perceived in defense policy circles in Washington?**

It’s mystifying at best. For 35 years of the Cold War, the members of the NATO alliance provided Germany a forward defense on which Germany insisted. It’s strange that Germany doesn’t help to provide this forward defense to the new entrants who did not have the fortune of being under the Western umbrella during the Cold War. This would be the same level of defense at a much lower level of commitment than during the Cold War. We are living in an era and world in which the U.S. needs more help. For those of us, like myself, who want to preserve the transatlantic alliance we have to change to maintain stability.

**What steps can we expect the United States to take in the future when it comes to the asymmetric threats of cyberattacks and hybrid warfare?**

This is a form of competition that the American government is increasingly attuned to. In terms of our societal vulnerability we need to recognize that the world we expected in the 1990s is not the world that is materializing. The Internet was designed as if the state was going to wither away, as if strategic competition belonged to the past. If you now look at what the Chinese are

> “If you look at what the Chinese are able to do with technology and how they intrude into people’s lives, that’s the future if we don’t have a better response.”

able to do with technology and artificial intelligence and how they intrude into people’s lives, that’s the future if we don’t have a better response. We have to accept that we are going to need more intelligence steps to protect our networks.

**Do we have to rethink NATO and our security architecture in order to guarantee safety?**

If NATO didn’t exist, we would have to create it. NATO at its core is still a security alliance. Its fundamental purpose is a collective defense organization to protect its member states. It might do other things, but those are secondary functions. NATO is a very broad organization that has 29 members and lacks a clear threat in the way that the Soviet Union presented to it. Will it be able to provide the degree of coherence? I don’t know. The international architecture is going to probably change most in Asia, because that’s where it’s less formed. The rise of China is a tectonic shift.

> “Europe and America have to integrate through trade and security in a way that still preserves our own autonomy and decision-making.”

**An argument that you hear very often in Germany is that the transatlantic partnership should give a strong answer to the rise of China. Does this resonate in the current U.S. administration?**

Absolutely, that is completely correct on the security front. If Europe can take a greater degree of responsibility vis-à-vis Russia, that would allow the United States to focus more on China and issues like 5G, especially not allowing Huawei to penetrate into a continent that’s in many ways very rightly focused on data privacy. Huawei is the route towards perdition. Europe and America have to integrate through trade and security in a way that still preserves our own autonomy and decision-making.

**In your last conversation with Atlantik-Brücke in 2016, we were talking about President Obama’s track record in fighting international terrorism in Afghanistan, Iraq, and Syria. How do you assess President Trump’s successes and failures in this policy field after more than two years in office?**

He has done very well in the international security field. In 50 years, people will look back and say: “What really changed was the American position on China.” For the first time, the Trump administration has made clear: “China is a competitor. The best way to have a secure and stable relationship with them is to be clear and firm and strong and to negotiate from a position of strength to avoid them miscalculating our ability and our resolve.” That’s a major development. The president is also trying to do less in the Middle East. How you do that, is a very tricky problem.

*Interview: Dr. David Deißner und Robin Fehrenbach*

# A signal of closeness from Canada

**Die Deutsch-Kanadische Konferenz hat die große Bedeutung der Beziehung beider Länder für globale Fragen unterstrichen. In Niagara-on-the-Lake, Ontario, diskutierten die hochrangig besetzten Delegationen Lösungsansätze zu Digitalisierung, Handelspolitik und China**

Stéphane Dion, Ambassador to Germany and Special Envoy to the EU and Europe, kicked off the conference stating: "At a time when relations between Germany and Canada are as good as they have ever been, when they are a patch of blue sky in a turbulent world, when our respective partnerships are presenting the same challenges, when our two countries have so much to do together, bilaterally and in the world, the importance of assembling this delegation committed to strengthening the Canada-Germany relationship cannot be overstated."

The panel on digital transformation discussed the impact of technological developments on German and Canadian society. One important point was that work will have to be continuously redefined, requiring a constant adaptation of skills. When comparing Germany and Canada, it seems that German companies are better at coming to terms with new technologies. While Canada has 15 research universities and the Canadian government helps with venture capital, Canadian companies seem to be slow to react to innovation. In comparison, Germany has 40 hightech clusters, and small and medium-sized enterprises partnering with municipalities to train workers.

> "Our two countries have so much to do together." Stéphane Dion

Another panel discussed relations with China, which is simultaneously a partner and systemic competitor to Canada and Germany. Implications for Canada could be that the country will be left behind in the event of a U. S.-China trade deal. China is Germany's largest trading partner outside the EU, having overtaken the U. S. While the relationship with China is partially rules-based, China's power and size render this potentially imbalanced. German-Canadian cooperation, as well as with the EU, has to be more unified to counter this leverage.

oben
Tom Jenkins,
Friedrich Merz

unten
David Deißner,
Sabine Sparwasser,
Tom Jenkins,
Friedrich Merz

The trade panel focused on public perception of trade. Many of the pressing economic issues today are the result, at least in part, of segments of our societies feeling left behind. Brexit is a symptom of this sentiment and CETA faces substantial hurdles to its ratification. Although free trade raises aggregate wealth, it does not benefit everyone. The panel discussed that protectionism cannot be the solution to the distribution problem. Discussants saw possible solutions in a higher level of education and creation of a more flexible labor market as well as better protection of intellectual property rights.

> “Bilateral is not enough: Germany and Canada need to jointly go out and build coalitions with others.”
>
> Sabine Sparwasser

Cyber resilience was the topic of the conference’s final panel. Standing together on defense and security is critical for Canada and Germany in order to counter hybrid warfare threats and act as champions of democracy and open markets. With a Canadian federal election set for fall 2019, countering attempts to weaken Western democratic institutions is top of mind. The discussion showed that global cooperation is needed in order to strengthen German-Canadian resilience in this matter.

At this conference, Atlantik-Brücke launched the German-Canadian New Bridges Program for young Canadians and Germans. The group of ten participants took part in an in-depth, week-long exchange on current challenges on both sides of the Atlantic. The program ended with the participation of the group in the German-Canadian Conference. The New Bridges program is carried out in partnership with the Embassy of the Federal Republic of Germany in Canada and the Embassy of Canada in Berlin.

Sabine Sparwasser, German Ambassador to Canada, concluded the conference asserting: “Bilateral is not enough: Germany and Canada need to jointly go out and build coalitions with others in order to defend what we believe in. In order to reform what needs reforming. And in order to create new answers to new developments.”

oben links
Thomas Bagger

oben rechts
Michael Hüther,
Marie-Claire Weinski,
Burkhard Balz

mitte rechts
Nik Nanos,
Olga Petricevic,
Steffen Kampeter

unten
Stéphane Dion

oben
Janina Steinle,
Annika Schulz

unten
Mark Speich

oben links
Ali Aslan,
Ailish Campbell

oben rechts
Thomas Beck,
Hans Raffauf

mitte links
Bernd Rützel

mitte rechts
Steffen Kampeter,
Jennifer May

unten
Teilnehmer des
Deutsch-Kanadischen
New Bridges-Programms
mit Stéphane Dion,
Friedrich Merz,
Sabine Sparwasser
und Ailish Campbell

# Vertrauen in der Krise

**Eine repräsentative Studie, die von der Atlantik-Brücke und dem Meinungsforschungsinstitut Civey in Deutschland unter einem Panel von rund 5000 Personen durchgeführt wurde, zeigt: Das Vertrauen in die transatlantische Zusammenarbeit schwindet. Gleichzeitig ist die Zuversicht in den positiven Einfluss deutscher Außenpolitik gering**

Über vier Fünftel der Befragten (84,6 Prozent) bewerten das **deutsch-amerikanische Verhältnis** als negativ oder sehr negativ. Nur 10,4 Prozent empfinden es als sehr positiv oder eher positiv. (Abb. 1)

Eine deutliche Mehrheit (57,6 Prozent) spricht sich für eine stärkere Distanzierung Deutschlands gegenüber den USA aus. Nur 13,1 Prozent wünschen sich eine stärkere Annäherung. 26 Prozent möchten den aktuellen **politischen Kurs** beibehalten. (Abb. 2)

**Professor Dr. Burkhard Schwenker,** Vorsitzender, Roland Berger Advisory Council, Leiter der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik der Atlantik-Brücke und stellvertretender Vorsitzender, kommentiert die Ergebnisse der Studie: „Angesichts des großen Vertrauensverlustes gegenüber den USA müssen wir uns mehr denn je für das Gespräch mit und über Amerika einsetzen, dies- und jenseits des Atlantiks, auf allen Ebenen. Deswegen widmet sich die Atlantik-Brücke verstärkt diesem Austausch – als Plattform für den transatlantischen Dialog. Nicht nur in Washington und Berlin, sondern auch außerhalb der Metropolen, über alle Generations- und Sektorgrenzen hinweg.“

**Dr. David Deißner,** Geschäftsführer der Atlantik-Brücke, ergänzt: „Die aktuellen Dissonanzen und die Stimmungslage in Deutschland zeigen, dass die gemeinsamen Werte und Interessen zwischen den transatlantischen Partnern immer wieder offen diskutiert werden müssen, ohne Scheu vor Kontroversen.“

## „Wie bewerten Sie aktuell das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA?“

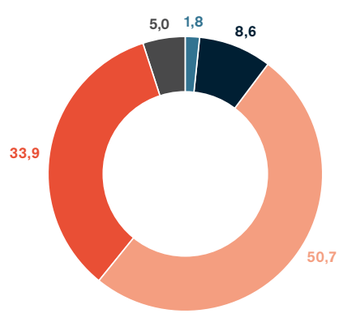



Abb. 1

sehr positiv
eher positiv
eher negativ
sehr negativ
weiß nicht

Alle Zahlenwerte auf den Seiten 92 bis 95 sind in Prozent angegeben.

Fast die Hälfte der Befragten (42,3 Prozent) findet, dass **China ein besserer Partner für Deutschland als die USA** ist. Nur 23,1 Prozent vertreten umgekehrt die Meinung, dass die USA ein verlässlicherer Partner sind als China. Die Wähler der Linken haben mit 56,3 Prozent das größte Vertrauen in China; das geringste die Wähler der AfD mit 31,6 Prozent. (Abb. 3)

Rund drei Viertel der Befragten (73,4 Prozent) unterschätzen den **Beitrag, den die USA zu den NATO-Ausgaben leisten.** 27,8 Prozent gehen davon aus, dass die USA weniger als 30 Prozent zum NATO-Budget beitragen – die USA tragen tatsächlich circa 70 Prozent zur NATO bei. Die Fehleinschätzung zieht sich durch alle Bildungsgrade, Altersgruppen und politischen Überzeugungen.

Eine deutliche Erhöhung der **deutschen Verteidigungsausgaben** sieht die Mehrheit der Befragten kritisch. Über die Hälfte (52,2 Prozent) spricht sich dafür aus, dass Deutschland 1,5 Prozent oder weniger seiner wirtschaftlichen Leistung für Verteidigung ausgibt. Nur knapp ein Drittel (27,9 Prozent) spricht sich für Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des BIP aus.

**Dr. Michael Werz,** Senior Fellow, Center for American Progress, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, fordert: „Die Deutschen müssen die Behaglichkeit der Neutralität hinter sich lassen. Sie dürfen sich – bei aller berechtigten Kritik an der aktuellen US-Regierung – nicht von anti-amerikanischen Ressentiments den Blick auf die Gefahren verstellen lassen, die von den autoritären Systemen in Russland und China ausgehen.“

## „Welchen politischen Kurs wünschen Sie sich von Deutschland gegenüber den USA?“

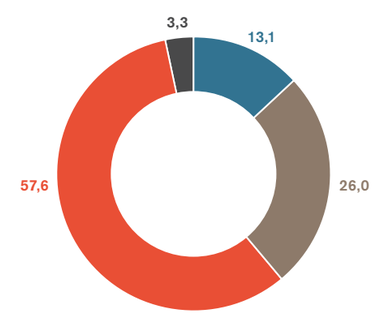



Abb. 2

eine stärkere Annäherung
eine Fortführung wie bisher
eine stärkere Distanzierung
weiß nicht

## „Wer ist der verlässlichere Partner für Deutschland? China oder die USA?“

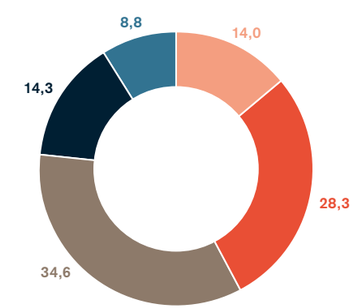



Abb. 3

eindeutig China
eher China
unentschieden
eher USA
eindeutig USA

Befragt nach den **aktuell gefährlichsten globalen Krisenherden**, nannten nur 1,9 Prozent der Teilnehmer die Ausweitung der russischen Einflusszone. Der wachsende Einfluss Chinas wird von 2,2 Prozent als größte Gefahr gesehen. 15,6 Prozent nannten die politische Instabilität und Spaltung der EU als gefährlichsten Krisenherd, 18,6 Prozent die zunehmende Migration. Mit rund einem Drittel (31,1 Prozent) fürchtet die größte Gruppe der Befragten in erster Linie die Strömungen des Rechtspopulismus und Protektionismus. (Abb. 4)

Bei der Bekämpfung von Rechtspopulismus und Protektionismus sehen nur 3,4 Prozent eine **transatlantische Kooperation zwischen den USA und Europa** als sinnvoll an. Eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von islamistischem Terrorismus befürworten 21,9 Prozent der Befragten. 18,8 Prozent sehen eine Kooperation als zweckmäßig an, die die Konflikte in Nahost löst. Nur 10 Prozent der Befragten denken, dass eine transatlantische Allianz gegenüber Russland zur Lösung des Problems der russischen Machtausweitung beitragen kann; nur 7,4 Prozent befürworten eine transatlantische Kooperation, die die chinesische Einflusszone begrenzt.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Befragten nach Generationen aufschlüsselt: Bei jungen, noch in der Ausbildung befindlichen Personen steht die transatlantische Kooperation gegenüber China mit 19,3 Prozent an erster Stelle. Dagegen sehen nur 5,3 Prozent der Rentner darin eine Priorität.

## „Welche potenziellen Krisenherde halten Sie aktuell für gefährlich?“

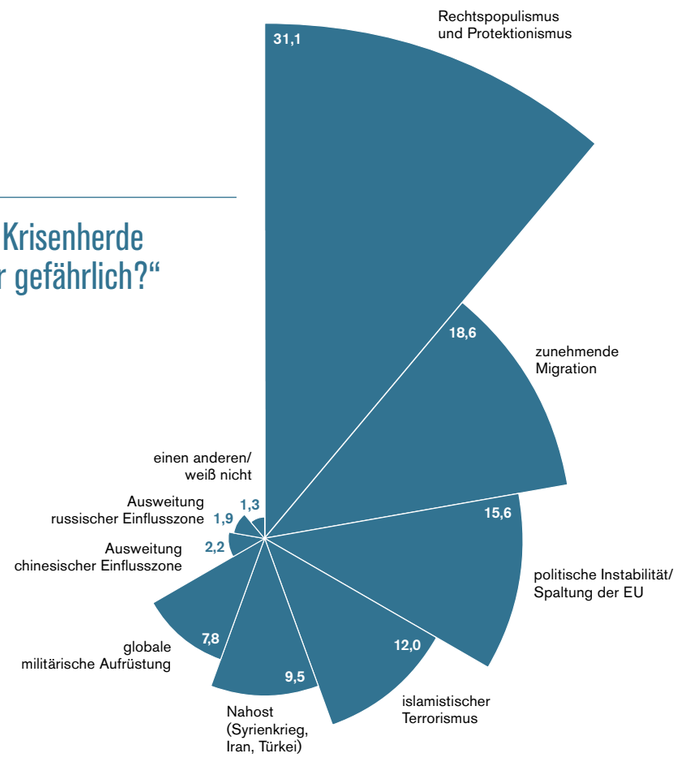



Abb. 4

## „Verändert die aktuelle deutsche Außenpolitik das Weltgeschehen zum Besseren oder zum Schlechteren?“

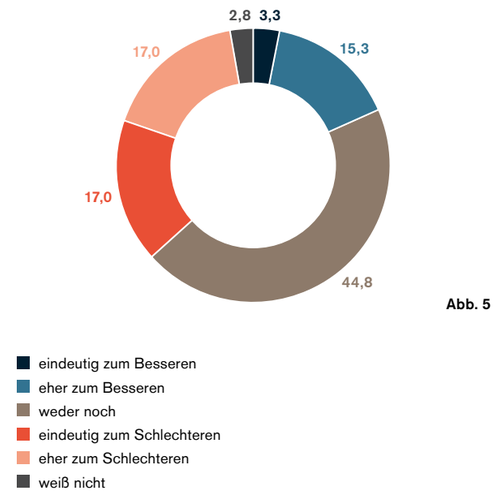



Abb. 5

## „Sollten die nationalen Streitkräfte durch eine gemeinsame EU-Armee ersetzt werden?“

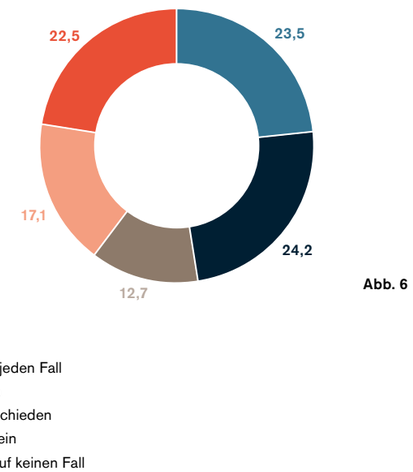



Abb. 6

Die **deutsche Außenpolitik** verändert die Weltlage weder zum Besseren noch zum Schlechteren: Dieser Ansicht ist fast die Hälfte der Befragten (44,8 Prozent). Nur 18,6 Prozent sehen einen positiven Einfluss, 34 Prozent einen negativen. (Abb. 5)

Die optimistischste Sicht auf die deutsche Außenpolitik haben SPD-Wähler, von denen 32,6 Prozent denken, dass die deutsche Außenpolitik die Weltlage zum Positiven ändert. Auch 31,8 Prozent der Grünen-Wähler und 30 Prozent der CDU-Wähler teilen diese Sicht. Demgegenüber sehen nur 13 Prozent der FDP-Wähler, 12,8 Prozent der Linken-Wähler und 3 Prozent aller AfD-Wähler einen positiven Einfluss der deutschen Außenpolitik.

**Dr. Norbert Röttgen,** MdB (CDU/CSU), Vorsitzender, auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke: „Die Umfrage zeigt, dass wir die Bürgerinnen und Bürger von den strategischen Notwendigkeiten eines deutschen Engagements in einer sich radikal verändernden Welt überzeugen müssen. Ohne den Rückhalt in der Bevölkerung kann Außenpolitik nicht betrieben werden.“

Zur Frage einer **gemeinsamen EU-Armee** sind die Ansichten geteilt. Nahezu die Hälfte der Befragten (47,7 Prozent) würde die nationalen Streitkräfte gern durch eine gemeinsame EU-Armee ersetzt sehen, 39,6 Prozent stehen dieser Idee ablehnend gegenüber. (Abb. 6)

**Botschafter Wolfgang Ischinger,** Vorsitzender der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz und Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, unterstreicht: „Das Bröckeln der transatlantischen Allianz besorgt uns auch deshalb so stark, weil wir Europäer allein nicht gut aufgestellt sind. Es ist deshalb höchste Zeit, dass wir Europas Außen- und Sicherheitspolitik stärken.“

# Jahres-chronik der Atlantik-brücke

# 2018

**28. Juni 2018** Mitgliederversammlung & Gartenfest mit Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier und US-Botschafter Richard Grenell. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin

**29. Juni 2018** Workstream Gesellschaft, Diskussion „Trump and the American Worker – Fears, Promises, Prospects“ mit Bruce S. Raynor, President Emeritus, Workers United, Principal, R&S Associates, und Dr. h. c. Edelgard Bulmahn, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D., stellv. Vorsitzende, Atlantik-Brücke. Büro Edelgard Bulmahn, Berlin

**03. Juli 2018** Workstream Gesellschaft, Lunch Discussion „The U. S. Midterm Elections Approaching: Opinions of the American Public in 2018“ mit Jocelyn Kiley, Associate Director of U. S.-Political Research, Pew Research Center. Magnus-Haus, Berlin

**04. Juli 2018** Workstream Digitalisierung, Diskussion „Too Big Data to Fail? Antitrust and Privacy in Europe and North America“ mit Mitarbeitenden des US-Kongresses und Young Leaders-Alumni. Magnus-Haus, Berlin

**11. – 17. August 2018** Deutsch-Amerikanische Young Leaders-Konferenz. Schloss Neuhardenberg, Brandenburg

**15. August 2018** Sommerempfang & Dinner mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Schloss Neuhardenberg, Brandenburg

**06. September 2018** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Dinnergespräch „More than a Pipeline – How Russia Monopolizes the Narrative on North Stream 2“ mit Dr. Alina Polyakova, David M. Rubenstein Fellow, Foreign Policy, Center on the United States and Europe, Brookings Institution. Hotel Regent, Berlin

**12. September 2018** Regionalgruppe Frankfurt, Sommerfest mit Dr. Ingrid Hengster, Mitglied des Vorstands, KfW Bankengruppe, Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke, und Julianne Smith, Senior Fellow and Head of the Transatlantic Security Program, Center for a New American Security. Bankhaus Metzler, Frankfurt am Main

**18. September 2018** Transatlantic Call „One Year After CETA’s Implementation“ mit Dr. Ailish Campbell, Chief Trade Commissioner of Canada and Assistant Deputy Minister, International Business Development, Global Affairs Canada

**20. September 2018** Senior Staff Delegation, Congressional Study Groups. Magnus-Haus, Berlin

**25. September 2018** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Frühstücksdiskussion „The Future of NATO and Europe’s Security Architecture“ mit General a. D. Philip M. Breedlove. Magnus-Haus, Berlin

**27. September 2018** Workstream Gesellschaft, Diskussion „Charlottesville und Chemnitz: Eine transatlantische Konversation“ mit Dr. Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress (CAP), Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke, und Farhad Dilmaghani, Staatssekretär a. D. und Vorstandsbevollmächtigter, Phineo. Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Berlin

**01. Oktober 2018** Regionalgruppe München, Wies’n-Tisch der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany (ACG). Marstall Festzelt, München

**10. Oktober 2018** Regionalgruppe Dresden-Leipzig, Podiumsdiskussion „What’s the Deal, Saxony? Transatlantische Handelsbeziehungen in schwieriger Zeit“ mit Dr. Johannes Beermann, Mitglied des Vorstands, Deutsche Bundesbank, und Michael Heinz, Vizepräsident, Bell Flavors & Fragrances. TU Dresden, Dresden, in Kooperation mit der AmCham Germany

**12. Oktober 2018** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Frühstücksdiskussion „The Rising Energy Superpower China – A Transatlantic Response?“ mit Frank Lavin, Chairman und CEO, Export Now, former Under Secretary for International Trade; Dorian Ducka, externer Berater für Investitionen des albanischen Ministerpräsidenten und ehem. stellv. Minister für Energie und Wirtschaft, Albanien; Stefan Haid, Partner, Civil Economics, Energy & Infrastructure Competence Center, Roland Berger; Frank Klaas, Head of Communications Europe and U. S., Geely International Co., und Prof. Dr. Friedbert Pflüger, geschäftsführender Gesellschafter, Pflüger International, und Director, EUCERS, King’s College London. Magnus-Haus, Berlin

**15. Oktober 2018** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Dinner Discussion „The U. S. Election, the Russia Investigation and the Future of U. S.-Russia Policy“ mit Max Bergmann, Senior Fellow, CAP. Latham & Watkins, Hamburg

**19. Oktober 2018** Frankfurt Luncheon „10 Jahre nach der Finanzkrise – Lehren aus der Lehman-Insolvenz“ mit Prof. Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank a. D., Schatzmeister der Atlantik-Brücke. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**20. – 27. Oktober 2018** Transatlantische Lehrerreise von Lehrern aus Brandenburg. Washington, D. C., Hershey, Pennsylvania, und New York City, USA

**21. – 26. Oktober 2018** Mitgliederreise USA. Washington, D. C., und Oklahoma City

**26. Oktober 2018** Young Leaders-Alumni-Empfang mit dem ACG. Residenz der deutschen Botschafterin, Washington, D. C.

**29. Oktober 2018** Transatlantic Call „Midterm Elections 2018: Democratic Counterstroke or Republican Dominance?“ mit Dr. Charles A. Kupchan, Professor of International Affairs, Walsh School of Foreign Service, Government Department, Georgetown University, und Dr. Daniel Pontzen, Berlin-Korrespondent, ZDF

**30. Oktober 2018** Exklusive Universal-Film-Preview „First Man“. Astor Film Lounge, Berlin

**08. November 2018** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Podiumsdiskussion „All Eyes on the United States: A Readout of the 2018 Midterm Elections“ mit Charlie Dent, former U. S. Representative und Mary L. Landrieu, former U. S. Senator. ESMT, Berlin, in Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States

**09. November 2018** Frankfurt Luncheon „The Midterm Elections – a Democratic Perspective“ mit Mary L. Landrieu, former U. S. Senator. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**13. November 2018** Workstream Digitalisierung, Podiumsdiskussion „What's Next in Digital Health?“ mit Dr. Nora Zetsche, Co-Founder, Veta Healthcare; Sabine Kaiser, Co-Founder, NLC; Ingo Gurcke, Geschäftsführer, Marsh Medical Consulting; Fritz Heese, Partner Gesundheitswirtschaft und Pharmaindustrie, Oliver Wyman und Thomas Olaynig, Chief Marketing Officer, Marsh. Marsh, Berlin

**28. November 2018** Welcome-Reception Pre-SACEUR. US-Botschaft, Berlin

**29. November 2018** XXIV. Atlantik-Brücke-Gespräch mit dem SACEUR, den U. S. Component Commanders und deutschen Generälen. Magnus-Haus, Berlin

**08. Dezember 2018** Deutsch-Kanadischer Roundtable, u. a. mit der kanadischen Außenministerin Chrystia Freeland, dem kanadischen Botschafter in Deutschland Dr. Stéphane Dion und der deutschen Botschafterin in Kanada Sabine Sparwasser. Botschaft von Kanada, Berlin

**08. Dezember 2018** Verleihung des Eric-M.-Warburg-Preises an die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland mit Bundesaußenminister Heiko Maas. Bolle Festsäle, Berlin

**08. Dezember 2018** Atlantik at Night. Bolle Festsäle, Berlin

**14. Dezember 2018** Frankfurt Luncheon „Trumps Amerika: Reise in ein weißes Land“ mit Martin Klingst, politischer Korrespondent, „Die Zeit“. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**17. Dezember 2018** CEO-Roundtable „Two Years of President Trump: What is Europe's Response?“ mit Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler von Österreich a. D.; Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender, Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, und Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Übersee-Club Hamburg, Hamburg, in Kooperation mit United Europe



# 2019

**18. Januar 2019** Frankfurt Luncheon „Eine Analyse des Brexits aus transatlantischer Perspektive“ mit Elmar Brok, MdEP (EVP), Europäisches Parlament. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**19. Januar 2019** Young Leaders Alumni New Year's Reunion mit Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Außenpolitischer Sprecher, Deutscher Bundestag, Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke; Julia Reuss, Büroleiterin der Kommissarin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt Dorothee Bär, Bernd Reuther, MdB (FDP), Mitglied des Ausschusses für Transport und Digitale Infrastruktur, Deutscher Bundestag; Stefan Heumann, Mitglied der Geschäftsführung, Stiftung Neue Verantwortung und Mitglied der Experten-Kommission für Künstliche Intelligenz, Deutscher Bundestag, und Robin Tech, Co-Gründer und Managing Director, AtomLeap. Silent Green, Berlin

**29. Januar 2019** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Dinner Discussion mit Jamie Fly, Senior Fellow und Director, Future of Geopolitics, Asia Program, GMF. Café Einstein Stammhaus Restaurant, Berlin

**05. Februar 2019** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Frühstücksdiskussion „The Actual State of Iran's Weaponization“ mit David Albright, Gründer und Präsident, Institute for Science and International Security. Magnus-Haus, Berlin

**06. Februar 2019** Transatlantic Call „Democracy under Threat: How Can the West Respond to the Next Generation of AI Disinformation?“ mit Dr. Alina Polyakova, David M. Rubenstein Fellow, Foreign Policy, Center on the U. S. and Europe, Brookings Institution, und Tyson Barker, Program Director and Fellow, The Aspen Institute Deutschland

**08. Februar 2019** Frankfurt Luncheon „Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Bestandsaufnahme im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz“ mit Prof. Dr. Gunther Hellmann, Professor für Politikwissenschaft, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**08. Februar 2019** Pressegespräch, Vorstellung „Landkarten-Umfrage“ mit Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Vorsitzender, Roland Berger Advisory Council, stellv. Vorsitzender der Atlantik-Brücke; Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss des Deutschen Bundestages, Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke; Dr. Michael Werz, Senior Fellow, CAP, Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke, und Steffen Braun, Partner und Leiter Wirtschaft und Gesellschaft, Civey. Il Punto, Berlin

**12. Februar 2019** Regionalgruppe London, Gesprächsabend „The Transatlantic Relations and the New Role of the United Kingdom“ mit dem deutschen Botschafter in Großbritannien Dr. Peter Wittig. Residenz des Botschafters, London

**14. Februar 2019** MSC Side Event, Dinner Discussion mit Antony J. Blinken, Deputy Secretary of State a. D., und Managing Director, Penn Biden Center for Diplomacy and Global Engagement. Bayerischer Hof, München, in Kooperation mit KPMG

**16. Februar 2019** MSC Side Event, Frühstückdiskussion „Friends With Benefits? Global Trade and Investment Policy and the Future of the Transatlantic Alliance“ mit Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz; Senator Jeanne Shaheen, U. S. Senate; Peter Beyer, MdB (CDU/CSU), Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt; Annalena Baerbock, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, und John Hickenlooper, former Governor of Colorado. Bayerischer Hof, München, in Kooperation mit dem ACG und AICGS

**16. Februar 2019** MSC Side Event, Roundtable „De-Globalization and its Discontents: How to Manage Global Risks?“. Bayerischer Hof, München, in Kooperation mit Schaeffler

**18. Februar 2019** Transatlantic Call „Now or Never: Is There Still a Chance to Revitalize a Transatlantic Free Trade Agreement?“ mit Pascal Lamy, ehem. Generaldirektor, WTO, und Andrea Rexer, Ressortleiterin Unternehmen und Märkte, „Handelsblatt“

**19. Februar 2019** Workstream Digitalisierung, Frühstückdiskussion „The Future of Mobility: What’s Next?“ mit Pierre-Dimitri Gore-Coty, Vice President und Regional Global Manager, EMEA, Uber, und Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, IW Köln, Mitglied des Vorstands, Atlantik-Brücke. Magnus-Haus, Berlin

**20. Februar 2019** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Frühstücksdiskussion „Cyberattacks – How the Public Thinks About the State of National Resilience“ mit Richard Wike, Director of Global Attitudes Research, Pew Research Center. Bundesverband deutscher Banken, Berlin

**20. Februar 2019** De-Briefing zur Mitgliederreise auf Einladung von Michael Klaus, Partner, Bankhaus Metzler. Haus Metzler, Frankfurt am Main

**27. Februar 2019** Workstream Digitalisierung, Podiumsdiskussion „Zwischen Disruption & Stabilität – Innovation im Gesundheitswesen aus transatlantischer Perspektive“ mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn; Peter Albiez, Vorsitzender der Geschäftsführung, Pfizer Deutschland; Dr. Mani Rafii, Mitglied des Vorstands, Barmer, und Simon Bolz, Geschäftsführer und Gründer, Klara Inc. Project A Lounge, Berlin, in Kooperation mit Project A

**14. März 2019** Regionalgruppe London, private Führung, Diskussion und Empfang „The Warburg Institute: Die Zukunft des kulturellen Gedächtnisses“ mit Bill Sherman, Director, The Warburg Institute. The Warburg Institute, London

**15. März 2019** Frankfurt Luncheon „Are We in a New Era of Great Power Competition?“ mit Torrey Taussig, Non-Resident Fellow, Brookings Foreign Policy Program, und Robert Bosch Foundation Fellow. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main



**01. April 2019** Workstream Digitalisierung, Dinner Discussion mit Mark Zuckerberg, CEO, Facebook. Regent Hotel, Berlin

**12. April 2019** Frankfurt Luncheon „U. S. Priorities in German-American Relations“ mit US-Generalkonsulin Patricia Lacina. US-Generalkonsulat Frankfurt, Residenz der US-Generalkonsulin, Frankfurt am Main

**15. April 2019** Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Dinner Discussion „Was die neue US-Verteidigungsstrategie für Deutschland und Europa bedeutet: Implikationen und Chancen“ mit Elbridge A. Colby, Director of the Defense Program, Center for a New American Security und former U. S.-Deputy Assistant Secretary of Defense. Il Punto, Berlin

**25. April 2019** Regionalgruppe New York, Roundtable-Diskussion „U. S. Perspectives on Monetary Policy & Financial Stability“ mit Jan Hatzius, Chief Economist und Head of Global Economics and Market Research, Goldman Sachs & Co. LLC. New York City, USA

**02. – 04. Mai 2019** Deutsch-Kanadische Konferenz. Niagara-on-the-Lake, Ontario, Kanada

**10. Mai 2019** Frankfurt Luncheon mit Sigmar Gabriel, MdB (SPD) und Bundesminister a. D., Deutscher Bundestag, und Friedrich Merz, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**29. Mai 2019** Regionalgruppe München, Dinner Discussion mit Sigmar Gabriel. Café Reitschule, München

**06. Juni 2019** Transatlantic Call mit Sigmar Gabriel

**06. Juni 2019** Regionalgruppe Hamburg, Dinner Discussion mit Sigmar Gabriel. Residenz der Familie Warburg, Hamburg

**07. Juni 2019** Frankfurt Luncheon mit Volker Heun, Autor und Berater. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

**11. – 12. Juni 2019** Deutsch-Amerikanische Konferenz „Strengthening Transatlantic Resilience in Turbulent Times“. AXICA, Berlin, in Kooperation mit dem ACG

**15. – 22. Juni 2019** Transatlantische Lehrerreise Deutschland. Berlin, Dresden und Hamburg

**26. Juni 2019** Mitgliederversammlung und Gartenfest. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin

# Impressum

**Herausgeber**
Atlantik-Brücke e.V.,
Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

**Redaktionsleitung**
Katharina Draheim, Dr. David M. Deißner (verantw.)

**Projektleitung**
Katharina Draheim

**Mitarbeit**
Robin Fehrenbach, Mareike Klatt

——

**Verlag**
TEMPUS CORPORATE GmbH –
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags
Büro Berlin: Alt-Moabit 94, 10559 Berlin
Büro Hamburg: Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

**Geschäftsführung**
Jan Hawerkamp, Dr. Mark Schiffhauer

**Projektleitung**
Yvonne Baumgärtel

**Artdirection & Layout**
Susanne Kluge

**Lektorat**
Dr. Katrin Weiden (dt.), Lisa Wicklund (engl.)

**Herstellung**
Tim Paulsen, Dirk Woschei

**Repro**
twentyfour seven, creative media services gmbh,
Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin

**Druck**
G. Peschke Druckerei GmbH
Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

**Bildnachweis**
Umschlag: Kai Müller
Lesezeichen: Kai Müller
S. 02: Katharina Draheim / Atlantik-Brücke, Kai Müller
S. 06: Chicago Council on Global Affairs, Courtesy of the Council on Foreign Relations
S. 10: Karl-Heinz Wedhorn / George C. Marshall European Center for Security Studies
S. 17–23: Thomas Imo / Photothek
S. 25–29: Thomas Imo / Photothek, Christopher Becker / Atlantik-Brücke
S. 31–33: Jochen Müller
S. 35–37: Anna Maciejowski und Katharina Draheim / Atlantik-Brücke
S. 39–43: Amélie Kuttruff / Atlantik-Brücke
S. 45: Katharina Draheim / Atlantik-Brücke
S. 47–49: Thomas Imo / Photothek
S. 50–51: Thomas Imo / Photothek, Christopher Becker, David Deißner, Katharina Draheim und Tobias Luthe / Atlantik-Brücke, Patricia Mirembe
S. 53: Amélie Losier / Raum 11
S. 55–59: Gregor Fischer / Raum 11
S. 61–63: Gregor Fischer und Amélie Losier / Raum 11
S. 65: Jochen Müller
S. 67: Katharina Draheim / Atlantik-Brücke
S. 69: The Brookings Institution
S. 73–75: Leonard Simon / MSC
S. 77: Project A
S. 79–81: Florian Gärtner
S. 83: Center for a New American Security
S. 87–91: Anna Maciejowski / Atlantik-Brücke, Robert Nowell



# Gremien

## GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Vorsitzender:
Friedrich Merz, Mayer Brown LLP, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Burkhard Schwenker, Roland Berger GmbH, Hamburg
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn, Bundesministerin a.D.,
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D., Hannover

Schatzmeister:
Prof. Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Bundesbank a.D.,
Senior Fellow, Columbia University, Bad Homburg

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

## WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Kai Diekmann, Journalist, Berlin
Jürgen Fitschen, Deutsche Bank Stiftung, Frankfurt am Main
Angelika Gifford, TUI AG, ProSiebenSat1 Media SE, München
Dr.-Ing. Jürgen Großmann, Georgsmarienhütte Holding GmbH, Hamburg
Dr. Ingrid Hengster, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., Köln
Botschafter Wolfgang Ischinger, Münchner Sicherheitskonferenz, München
Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Deutscher Bundestag, Berlin
Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), BMJV, Berlin
Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin
Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), Deutscher Bundestag, Berlin
Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus GmbH, Frankfurt (Oder)
Max M. Warburg, M.M. Warburg & CO, Hamburg
Dr. Michael Werz, Center for American Progress, Washington, D.C.
Ute Wolf, Evonik Industries AG, Essen

(Stand: Mai 2019)

# Geschäftsstelle

## GESCHÄFTSFÜHRUNG

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

Assistentin der Geschäftsführung:
Mira Walter

Assistentin des Vorsitzenden,
Programmmanagerin,
Buchhaltung / Mitgliederbetreuung:
Jenny Koch

## KOMMUNIKATION UND DOKUMENTATION

Leiterin Kommunikation:
Katharina Draheim

Leiter Analyse und Dokumentation:
Robin Fehrenbach

## PROGRAMME

Leiter Strategie und Programme:
Dr. Christian Hübenthal

Leiterin transatlantische Partnerschaften:
Anna Maciejowski

Programmmanagerin:
Amélie Kuttruff

Programmmanager,
Verantwortlicher Controlling:
Christopher Becker

(Stand: Mai 2019)

Atlantik-Brücke e.V. · Magnus-Haus · Am Kupfergraben 7 · 10117 Berlin · info@atlantik-bruecke.org